Die Führung Chinas zerstört die Diktatur des Proletariats!

Eine Dokumentation über die Wiederherstellung des Kapitalismus in China

CHINA 4 AKTUELL

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND DEUTSCHLANDS

KABD

Die Führung Chinas zerstört die Diktatur des Proletariats!

Eine Dokumentation über die Wiederherstellung des Kapitalismus in China

HERAUSGEGEBEN
VON DER ZENTRALEN LEITUNG DES KABD
SEPTEMBER 1979

Die Führung Chinas zerstört die
Diktatur des Proletariats
Eine Dokumentation über die Wiederherstellung des Kapitalismus in China

Herausgegeben vom Kommunistischen
Arbeiterbund Deutschlands (KABD), September 1979

Erschienen bei Verlag Neuer Weg GmbH,
7000 Stuttgart 1, Postfach 3080

Gesamtherstellung: Repro + Druck GmbH,
5657 Haan
Preis 2,50 DM

Inhalt

Einleitung 5

I. Die Große Proletarische Kulturrevolution ist die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats

1. Der Klassenkampf im Sozialismus 8
2. Das Hauptangriffsziel der Kulturrevolution ist die neue Bourgeoisie 11

II. Die Prinzipien und Errungenschaften der Kulturrevolution werden revidiert und die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wieder eingeführt

1. Akute Mißstände und Fehlentwicklungen in der chinesischen Wirtschaft 19
2. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus beginnen zu wirken 21
3. Die Betriebe werden mit kapitalistischen Methoden geführt 27
4. Durch materiellen Anreiz wird das sozialistische Bewußtsein zerstört 34
5. Das Prinzip „Vertrauen auf die eigene Kraft" wird aufgegeben 40

III. Die Revolutionskomitees als Machtorgane der Diktatur des Proletariats werden abgeschafft

1. Die Revolutionskomitees entstehen in der Kulturrevolution als neue Machtorgane der Diktatur des Proletariats 50
2. Abbau der Revolutionskomitees bedeutet Abbau der Diktatur des Proletariats 54
3. Das jugoslawische Modell der „Arbeiterselbstverwaltung" ist ein revisionistisches Vorbild 61

Mao Tsetung

Einleitung

Was ist los in China? — das fragen sich heute viele Kollegen und fortschrittliche Menschen. Lange Zeit war das China Mao Tsetungs das lebendige Beispiel dafür, daß es eine Alternative zum kapitalistischen System gibt — den Sozialismus: ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Hunger, Armut und Elend der Volksmassen.

Und heute? — Von Woche zu Woche überschlagen sich die Nachrichten aus China: Arme Bauern demonstrieren in Beijing (Peking) gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, Arbeitslosigkeit — insbesondere Jugendarbeitslosigkeit — greift um sich. Chinesische Politiker schließen mit kapitalistischen und imperialistischen Ländern Verträge ab und machen im Ausland hohe Schulden.

Was hat sich in China seit dem Tod Mao Tsetungs getan? Hat China die Farbe gewechselt? — Wir haben in „China aktuell 1" einen Prüfstein genannt, an dem sich die Frage, Aufbau des Sozialismus oder Wiederherstellung des Kapitalismus entscheidet: die Stellung zu Deng Xiaoping (Deng Hsiao-ping) und seiner revisionistischen Linie. Inzwischen ist dieser Erzrevisionist rehabilitiert und in alle seine früheren Ämter wieder eingesetzt worden, ohne eine prinzipielle Selbstkritik geleistet zu haben.

Was wir damals noch nicht feststellen konnten, ist durch diesen Schritt und die nachfolgende Entwicklung deutlich geworden: Mit der Machtübernahme Hua Guofengs und der Rehabilitierung Deng Xiaopings hat die neue Bourgeoisie in China die politische Macht ergriffen. In einem viel schnelleren Tempo als in der Sowjetunion geht die neue Führung daran, die Diktatur des Proletariats zu zerstören und die Wirtschaftsbasis des Sozialismus zu vernichten.

Auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Dezember 1978 haben Deng und Hua den Arbeitsschwerpunkt der Partei und des ganzen Volkes auf die „sozialistische Modernisierung" verlegt. Mit diesem Programm will die neue Führung China bis zum Jahr 2000 von einem Entwick-

lungsland zu einer großen Industriemacht entwickeln — aber um welchen Preis?

Die Modernisierung der Industrie, Landwirtschaft, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik ist ein wesentlicher Bestandteil im Aufbau des Sozialismus. Denn nur durch die Schaffung der materiellen Voraussetzungen, durch eine gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte, kann die Diktatur des Proletariats auf Dauer gefestigt und der Übergang zum Kommunismus vorbereitet werden. Entscheidend dabei ist jedoch, wie und in welche Richtung die Produktivkräfte im Sozialismus entfaltet werden. Mit welcher Einstellung die Arbeiter an die Modernisierung der Produktionsanlagen und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität gehen — darin unterscheidet sich der sozialistische Weg vom kapitalistischen.

In der von Mao Tsetung persönlich eingeleiteten und geführten Großen Proletarischen Kulturrevolution haben die werktätigen Massen den Machtantritt einer neuen Bourgeoisie verhindern können. Über die Bedeutung der Kulturrevolution haben wir im REVOLUTIONÄREN WEG 19 geschrieben:

„Die Große Proletarische Kulturrevolution bedeutet:

1. die *höchste Form des Klassenkampfes* in der sozialistischen Gesellschaft,
2. die Weckung und sprunghafte *Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Volksmassen* mit Hilfe von Kritik und Selbstkritik und durch Studium der Maotsetungideen bei gleichzeitiger konkreter Anwendung in der Praxis,
3. die konkrete Form der *Anwendung der Diktatur des Proletariats* gegen die Bürokratisierung des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates (gegen die Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen),
4. die Errichtung eines ideologisch-politischen Dammes *gegen die Gefahr der Restaurierung des Kapitalismus.*“ (S. 540 — Hervorhebung im Original)

Und am Ende stellten wir fest:

„Es gibt nur eine Alternative:
ENTWEDER PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION —
ODER RESTAURATION DES KAPITALISMUS!“ (S. 541)

Wie richtig diese Feststellung war, sehen wir an der Entwicklung in China unter der neuen Führung. Sie greift die Diktatur des Proletariats an, indem sie in der Durchführung ihres Programms der „sozialistischen Modernisierung“ die Ökonomie an die erste Stelle setzt und den Klassenkampf vernachlässigt. Die Errungenschaften der Kulturrevolution werden abgebaut und den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus in der Produktion Tür und Tor geöffnet.

Die Abschaffung der Revolutionskomitees, die Wiedereinführung alleinverantwortlicher Betriebsdirektoren, die zunehmende Orientierung der Betriebe nach dem Gewinn und die Verstärkung des materiellen Anreizes sind Maßnahmen zur Zerstörung der Diktatur des Proletariats und Wiederherstellung des Kapitalismus.

Wir wollen in dieser Broschüre den Weg der Restauration aufzeigen, den die neue Führung eingeschlagen hat. Wir konzentrieren uns dabei auf die Entwicklung in der Produktion. Denn hier wird zur Zeit in entscheidendem Maß die sozialistische Wirtschaftsbasis zerstört und der Kapitalismus wiedereingeführt.

I. Die Große Proletarische Kulturrevolution ist die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats

1. Der Klassenkampf im Sozialismus

„In China tobt der Mob" — „Rote Rowdys rotten sich zusammen" und „plündern" — „Die alten Töpfe der Ming-Dynastie werden zerschlagen" — so und ähnlich war es ab 1966 in der bürgerlichen Presse über die Kulturrevolution in der Volksrepublik China zu lesen. Man sollte glauben, die entfesselten Massen seien dabei, eine Herrschaft der Barbarei zu errichten, wobei alle kulturellen und materiellen Werte zerstört würden.

Mit dieser durchsichtigen Hetze wurde Stimmung gemacht gegen die Massen der revolutionären Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler. Die neuen Machthaber in China blasen heute in dasselbe Horn. So ist heute in fast jeder Ausgabe der „Beijing Rundschau" (Peking Rundschau) von einer „faschistischen Diktatur Lin Biaos und der Viererbande" zu lesen. Der neue Chefredakteur der chinesischen „Volkszeitung" verstieg sich sogar bei seinem Besuch in der BRD vor westdeutschen Journalisten zu der Ungeheuerlichkeit,

> „Deutsche und Chinesen verbindet etwas Gemeinsames: Die Chinesen hätten seit 1966 so gelitten wie die Deutschen unter Hitler." („Spiegel" Nr. 52/78, S. 91)

Wissenschaft, Kunst und Literatur hätten sich nicht entfalten können, Intellektuelle und Funktionäre seien wegen abweichender Meinungen brutal unterdrückt und verfolgt worden. Der wirtschaftliche Aufbau sei dadurch stark verzögert worden, ja, China habe am Rande eines wirtschaftlichen Chaos gestanden.

Was ist eine Kulturrevolution? Weshalb findet eine Kulturrevolution statt? Sehen wir uns dazu den Beschluß zur Großen Proletarischen Kulturrevolution der Kommunistischen Partei Chinas vom 8. August 1966 an. Dort heißt es:

> „Obwohl die Bourgeoisie gestürzt worden ist, versucht sie immer noch, die alten Ideen, die alte Kultur, die alten Sitten und Gebräuche der Ausbeuterklassen zu verwenden, um die Massen zu korrumpieren, ihre Herzen zu gewinnen und das Ziel der Restauration mit allen Kräften zu erreichen. Das Proletariat muß genau das Gegenteil tun: Es muß jeder Herausforderung der Bourgeoisie auf ideologischem Gebiet hartnäckig begegnen und neue Ideen, eine neue Kultur, neue Sitten und Gebräuche des Proletariats anwenden, um das geistige Antlitz der gesamten Gesellschaft zu ändern." („Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution", S. 147/148)

Eine Revolution durchzuführen, ist ein schwieriger und langwährender Kampf. Der Kampf um die politische Macht wird erbittert geführt und kostet die Volksmassen viele Opfer. Aber mit der Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse ist der Kampf nicht zu Ende. Es ist eine gefährliche Illusion zu glauben, daß nach dem siegreichen bewaffneten Kampf der Frieden einkehrt. Denn die entmachteten Klassen existieren noch und streben mit allen Mitteln danach, die verlorene Herrschaft wiederzugewinnen. Deshalb kommt es für das Proletariat und seine Verbündeten darauf an, die gewonnene Herrschaft zu behaupten und zu festigen. Dies geschieht durch das ununterbrochene Fortschreiten im Aufbau des Sozialismus und den ununterbrochen geführten Klassenkampf. Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied auch für den Aufbau des Sozialismus.

Warum gibt es im Sozialismus noch Klassen und Klassenkämpfe? Warum war die Kulturrevolution in der VR China zu einer absoluten Notwendigkeit geworden? Warum wird es auch in Zukunft im Aufbau des Sozialismus weitere Kulturrevolutionen geben müssen?

Mao Tsetung faßte in den Jahren 1962 und 1963 seine Lehre von der Weiterführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats — eine entscheidende Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus — folgendermaßen zusammen:

> „Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem

des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen." („Wichtige Dokumente", S. 22)

Wenn man aber die Klassen, die Klassenkämpfe und die Diktatur des Proletariats vergißt,

„dann wird unvermeidlich in nicht langer Zeit — in einigen Jahren oder in einem Dutzend Jahren, höchstens in einigen Jahrzehnten — die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische, in eine faschistische Partei verwandeln, und ganz China wird die Farbe wechseln." (ebenda, S. 24)

Welche Klassen und Schichten waren es, die sich in den Jahren nach der Revolution der sozialistischen Umgestaltung widersetzten? Die alten herrschenden Klassen waren bereits bis 1952 ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht beraubt worden. Durch die Enteignung der *Großgrundbesitzer* und die anschließende Bodenreform wurde die wirtschaftliche Basis des Feudalismus auf dem Lande zerschlagen. Durch die Enteignung von 80 % des privaten Kapitals und die Überführung dieses sogenannten „bürokratischen Kapitals" in Volkseigentum wurde die *Kompradorenbourgeoisie* *) entmachtet und so ein wesentlicher Faktor des chinesischen Kapitalismus beseitigt.

Die restlichen 20 % des privaten Kapitals blieben bis zur Kulturrevolution zum größten Teil bei der *nationalen Bourgeoisie*. Das waren kleinere und mittlere Kapitalisten, die sich als Patrioten am Widerstand gegen die japanische Besetzung und die Kuomintang-Reaktionäre beteiligt hatten. Sie hatten 1949 die Gründung der Volksrepublik China begrüßt und sogar — zumindest in Worten — die Führung durch die Kommunistische Partei anerkannt.

Deshalb verfolgte man ihnen gegenüber eine Politik des Ankaufs und der Verwandlung in gemischt staatlich-private Betriebe.

Auch auf dem Lande gab es noch reaktionäre Schichten. Viele ehemaligen *Großbauern* und *oberen Mittelbauern* kämpften für

*) *Kompradoren* nannte man die Angehörigen des Großbürgertums, die als Industrie-, Handels- und Finanzkapitalisten aufs engste mit den ausländischen Imperialisten verbunden waren.

eine Vergrößerung ihrer privaten Parzellen, für erweiterte freie Märkte, für das Recht auf zusätzlichen Landerwerb und auf Einstellung von Arbeitskräften.

China hat ein sehr umfangreiches Kleinbürgertum. Dessen einflußreichste Vertreter, die *kleinbürgerliche Intelligenz*, hatten in den ersten Jahren zahlreiche Schlüsselpositionen im Erziehungswesen, in Wissenschaft, Technik und Verwaltung eingenommen, weil der junge Staat sich in der ersten Phase auf diese Kräfte stützen mußte. Viele von ihnen wurden durch die enge Verbindung mit den Volksmassen zu Revolutionären umerzogen. Aber ein Teil wollte auf seine privilegierte Stellung nicht verzichten und war schon von der Lebensweise her unterschieden von den Volksmassen. Sie versuchten sich in dem jungen proletarischen Staat unentbehrlich zu machen und pflegten als akademische „Autoritäten" ein einseitiges Spezialistentum auf Kosten der wirklichen Bedürfnisse und Probleme des Volkes. Ihre Arbeit diente nicht dem Volk, sondern mehr dem privaten aufwendigen Lebensstil und der persönlichen Macht. Kritiklos übernahmen sie ausländische, in erster Linie sowjetische Modelle. Sie versuchten sie schematisch auf die andersartigen chinesischen Verhältnisse zu übertragen.

Das Proletariat ist die einzige Klasse, die keinen Grund und Boden und auch keine Privilegien zu verteidigen hat. Darum muß die Arbeiterklasse auch in allem die Führung übernehmen und den Klassenkampf für den Aufbau des Sozialismus führen. Es ist ihre Aufgabe, die anderen Klassen und Schichten umzuerziehen und ihr Denken zu verändern. Viele wehren sich aber gegen jede Umgestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsweisen, gegen den Verlust der alten Macht und Herrlichkeit, der bisher bewahrten Vorrechte. Über absolut besserungsunwillige Elemente muß daher die Diktatur des Proletariats ausgeübt werden.

2. Das Hauptangriffsziel der Kulturrevolution ist die neue Bourgeoisie

Viele Mitglieder der alten Klassen und Schichten stellten sich dem Fortschreiten des Sozialismus entgegen und versuchten sogar, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Bei diesen Bemühungen

fanden sie Unterstützung bei gewissen Funktionären des Partei- und Staatsapparates. Das waren leitende Kader, die in der Revolution durch ihr mutiges Auftreten und ihren unermüdlichen Einsatz mit hoher Verantwortung betraut worden waren. Doch ihr Denken hatte sich verändert. Sie haben mit dem Fortschreiten der Revolution nicht Schritt gehalten. Mao Tsetung hatte schon am Vorabend des Sieges — im März 1949 auf der 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas — davor gewarnt:

„Mit dem Siege können in der Partei solche Stimmungen aufkommen wie Hochmut, Pochen auf alte Verdienste, Stillstand und Fortschrittsmüdigkeit, Genußsucht und Abneigung gegen die Fortführung eines harten Lebens. Weil wir den Sieg errungen haben, wird uns das Volk dankbar sein, und die Bourgeoisie wird hervortreten, um uns zu schmeicheln. Daß uns der Feind mit Waffengewalt nicht unterkriegen kann, ist bereits bewiesen worden. Doch mit ihren Schmeicheleien kann die Bourgeoisie die Willensschwachen in unseren Reihen zu Fall bringen. Es mag Kommunisten geben, die sich vom bewaffneten Feind nicht besiegen ließen und sich angesichts des Feindes würdig erwiesen, Helden genannt zu werden, die jedoch einem Angriff mit ‚Geschossen in Zuckerhülle' nicht standhalten und den Zuckergeschossen erliegen werden. Wir müssen einer solchen Situation zuvorkommen." (Ausgewählte Werke, Bd. IV, S. 398)

Kleinbürgerliche Verhaltensweisen wie die von Mao Tsetung oben genannten, können nur bekämpft werden durch die ständige und umfassende Kontrolle durch die Volksmassen von unten nach oben, und zwar bis in die höchsten Organe von Staat und Partei. Treten diese Verhaltensweisen vereinzelt auf, können sie mit Hilfe von Kritik und Selbstkritik aufgedeckt und bekämpft werden. Wird aber die Kontrolle durch die Massen vernachlässigt oder behindert, kann sich die kleinbürgerliche Denk- und Lebensweise uneingeschränkt ausbreiten. Die mit der führenden Stellung in Staat und Partei verbundene Macht steigt einigen zu Kopfe. Mit der zunehmenden Absonderung vom Leben und Kampf der Massen entziehen sich diese Kader selbst der Kontrolle durch die Massen — sie sind zu Bürokraten geworden.

In dem Buch „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" haben wir die Merkmale der neuen Bürokratie mit dem Parteibuch in der Tasche so zusammengestellt:

„1. Ehrgeiz und Machtgefühl verbinden sich mit Karrieremacherei.
2. Beim Aufsteigen in höhere Positionen sind ein gehobener Wohlstand und kleinbürgerliche Lebensweise die Folge.
3. Verteidigung der besseren Stellung gegenüber fähigen Untergebenen und Absicherung durch eine kriecherische Umgebung.
4. Ausnutzung der höheren Stellung und des größeren Einflusses zur Befriedigung egoistischer Bedürfnisse (Förderung der Korruption).
5. Unter dem Motto ‚Eine Hand wäscht die andere' spielen sich die Bürokraten die wichtigsten Stellungen zu." (S. 25/26)

Eine nicht genügend kontrollierte oder unkontrollierbar gewordene Bürokratie entwickelt gemeinsame Klasseninteressen: Aus Dienern des Volkes werden neue Herren. Früher sind sie gegen die alte Bourgeoisie zu Felde gezogen — heute stehen sie selbst als *neue Bourgeoisie* gegen das Proletariat.

Ein Jahr vor seinem Tod nennt Mao Tsetung in zwei Weisungen die materiellen Bedingungen für das Entstehen einer neuen Bourgeoisie:

„Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Diese können nur unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen."

„Mit einem Wort, China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Stufen praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alldem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß die Eigentumsverhältnisse verändert worden sind." („Beijing Rundschau" 14/75, S. 6 und 8)

Durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sind zwar die Produktionsverhältnisse verändert worden. Aber der Bruch mit dem alten System geschieht nicht von heute auf morgen. Lange Zeit bestehen im Sozialismus notwendigerweise noch Reste des kapitalistischen Systems fort: Es existieren noch im wesentlichen zwei Formen des Eigentums, das Volkseigentum und das Kollektiveigentum; es bleibt die Trennung von Hand- und Kopfarbeit; eine besondere Bedeutung kommt dem *bürgerlichen Recht* zu, das im Warensystem, im Austausch mittels Geldes und im sozialistischen Verteilungssystem „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" weiterwirkt.

> „Wir können deutlich sehen, daß die Entstehung neuer bürgerlicher Elemente in der Arbeiterklasse, in den Reihen der Parteimitglieder und unter den Mitarbeitern der Staats- und anderen Organe davon nicht zu trennen ist, daß in ihren Bereichen oder Organisationen bürgerliches Recht aufrechterhalten und ausgeweitet wird und daß sie es schätzen und anstreben. Gleichzeitig benutzen die gestürzten Klassen der Grundherren und Kapitalisten ständig das bürgerliche Recht als Hebel für den Sturz der Diktatur des Proletariats und für die Wiederherstellung des Kapitalismus." („Beijing Rundschau" 22/1975, S. 8)

Das bürgerliche Recht existiert im Sozialismus als Übergangsstufe zum Kommunismus notwendigerweise weiter. Andererseits aber kann und muß es unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden, um schrittweise die Bedingungen für seine endgültige Aufhebung zu schaffen. Chinesische Arbeiter drückten es so aus:

> „Wird das bürgerliche Recht nicht eingeschränkt, so wird es die Entwicklung des Sozialismus einschränken und die Entwicklung des Kapitalismus fördern." („Beijing Rundschau" 11/75, S. 5)

Eine Einschränkung des bürgerlichen Rechts wie auch der Übergang zu höheren Eigentumsformen sind aber nur möglich, wenn die Produktivkräfte einen bestimmten Entwicklungsstand erreicht haben . . . Die dem Sozialismus feindlich gesonnenen Kräfte aber stemmen sich gegen eine Umgestaltung der Produktionsverhältnis-

se. In den Köpfen vieler Menschen wirken bürgerliche und feudale Denkweisen und Ideen weiter und behindern jeden Fortschritt. Mao Tsetung erkannte bereits 1937 in seiner Schrift „Über den Widerspruch":

> „Wenn der Überbau (Politik, Kultur usw.) die Entwicklung der ökonomischen Basis behindert, dann werden politische und kulturelle Umgestaltungen zum Hauptsächlichen, Entscheidenden." (Ausgewählte Werke Bd. I, S. 394)

Diese Erkenntnis trifft genau zu auf die Situation Mitte der 60er Jahre. Die Methode zur Lösung des aufgezeigten Widerspruchs war die *Kulturrevolution.* Das Hauptangriffsziel der Kulturrevolution war die neue Bourgeoisie. Deren führende Vertreter wie Liu Shaoqi (Liu Schao-tschi), Deng Xiaoping (Deng Hsiao-ping) oder Peng Zhen (Peng Tschen) waren Revisionisten vom Schlage Chruschtschows, die direkt in den höchsten Spitzen von Partei und Staat saßen und zahlreiche Anhänger auf allen Ebenen der Gesellschaft hatten. In Partei und Regierung, Gewerkschaften, Fabriken, Volkskommunen und Hochschulen hatten sie und ihr Anhang einen derartigen Einfluß gewonnen, daß sie jede weitere Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zu blockieren drohten. Sie hatten die Macht, weite Bereiche der Gesellschaft zu kontrollieren. Es drohte die Machtergreifung der Bourgeoisie.

Eine bloße Amtsenthebung der führenden Revisionisten hätte nur wenig ausgerichtet. In dieser Lage mobilisierten Mao Tsetung und der revolutionäre Teil der Kommunistischen Partei die Volksmassen zu einem umfassenden Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, insbesondere die neue Bourgeoisie. Im festen Vertrauen auf die Volksmassen erfolgte die Mobilisierung von unten nach oben auf allen Ebenen der Gesellschaft mit dem Ziel, alle bürgerlichen Schattenseiten des öffentlichen Lebens aufzudecken, alle alten Ideen, die alte Kultur, die alten Sitten und Gebräuche der alten Ausbeuterklassen und der neuen Bourgeoisie aktiv zu bekämpfen und die proletarische Ideologie auf allen Gebieten durchzusetzen. Durch eine große Revolution im Bereich des Überbaus mußten die Diktatur des Proletariats gefestigt und die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiterentwickelt werden. Im Bericht zum IX. Parteitag wird hierzu festgestellt:

„Unser Ziel besteht darin, den Revisionismus zu zerschmettern, jenen von der Bourgeoisie usurpierten (eroberten — d. Red.) Teil der Macht zurückzuerobern, im Bereich des Überbaus einschließlich aller kulturellen Gebiete die allseitige Diktatur des Proletariats auszuüben, die ökonomische Basis des Sozialismus zu festigen und zu verstärken und damit zu gewährleisten, daß unser Land weiterhin auf dem sozialistischen Weg mit Riesenschritten voranmarschiert." („Wichtige Dokumente", S. 31)

Nie wird die Bourgeoisie kampflos vom Schauplatz der Geschichte abtreten. Die bürgerliche Ideologie wirkt weiter und entsteht immer wieder neu, solange dafür die Bedingungen objektiv noch vorhanden sind: die Existenz von Klassen im Sozialismus und die Existenz kapitalistischer und imperialistischer Länder neben dem sozialistischen Land. Daher wird es auch weiterhin Klassenkämpfe geben und als deren höchste Form im Sozialismus Kulturrevolutionen.

Im Gegensatz zu den Sowjetrevisionisten und den chinesischen Revisionisten um Liu Shaoqi (Liu Schao-tschi) lehrt der Marxismus-Leninismus, daß der Sozialismus keine in sich geschlossene Geschichtsperiode ist, sondern Übergangscharakter trägt.

Das erstrebenswerte Ziel der werktätigen Massen ist der Kommunismus. Da aber der Kapitalismus in allen Bereichen des menschlichen Lebens noch tief verwurzelt ist, ist es unmöglich zum Kommunismus, d. h. zur klassenlosen Gesellschaft zu gelangen, ohne eine Periode des Übergangs: der Periode des Sozialismus. Hier herrscht vorerst noch das bürgerliche Recht vor, mit all seinen Ungleichheiten. Lenin betont daher:

„Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt, die unbedingt Merkmale oder Eigenschaften dieser beiden sozial-ökonomischen Formationen (Systeme — d. Red.) in sich vereinen muß. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein." („Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats", LW Bd. 30, S. 91)

Jede einzelne Entscheidung, die im Sozialismus gefällt wird, wird von Menschen getroffen, die von ihren Klasseninteressen geleitet sind: Immer stehen sich die *zwei Klassen*, das Proletariat und die Bourgeoisie, gegenüber. Immer geht es um *zwei Linien* und um *zwei Wege*, die die Richtung festlegen: entweder siegt die proletarisch-revolutionäre Linie oder die bürgerliche; entweder geht es vorwärts im Sozialismus hin zum Kommunismus, zur klassenlosen Gesellschaft — oder zurück zum Kapitalismus. Dieser Kampf muß geführt werden in der ganzen Übergangsperiode des Sozialismus. Seinen höchsten Ausdruck fand er in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die von den heutigen chinesischen Revisionisten so erbittert angegriffen wird.

Die Bedeutung der Kulturrevolution für die proletarischen Revolutionäre der ganzen Welt liegt heute weniger in einzelnen wieder rückgängig gemachten konkreten Errungenschaften. Wesentlicher sind die Prinzipien und leitenden Ideen, die der Kulturrevolution eine in der Geschichte bisher unbekannte Kraft verliehen: Die *Maotsetungideen* wurden in einem nie gekannten Ausmaß von den Millionenmassen des chinesischen Volkes aufgenommen als Waffe im Kampf gegen die alte und neue Bourgeoisie, um die chinesische Gesellschaft gänzlich umzuwandeln. In der Kulturrevolution wurden die Maotsetungideen in wenigen Prinzipien zusammengefaßt.

Mao Tsetungs Lehre von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats wurde zusammengefaßt in den Sätzen: „*Nie den Klassenkampf vergessen!*" und „*Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied*". Dies waren und sind die entscheidenden Schlachtrufe gegen alle Revisionisten vom Schlage Chruschtschows, Liu Shaoqis, Deng Xiaopings und Hua Guofengs, die von einem „Erlöschen" des Klassenkampfes faseln, um ihre dunklen Geschäfte ungestört verrichten zu können. Die Massen der Arbeiter und kleinen Bauern sind die Hauptkraft dieses Kampfes. Sie werden ermutigt, sich freizumachen von Unterdrükkung und Bevormundung: „*Rebellion gegen die Reaktionäre ist berechtigt!*"

Entscheidend ist, daß die Massen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und sich auf ihre eigene Schöpferkraft verlassen: „*Die Massen sind die wahren Helden*" und „*Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft*", was auch für die wirtschaftliche Entwicklung unabhängig von jeder ausländischen Hilfe oder Beeinflussung gilt. Die allseitige Diktatur des Proletariats muß verwirklicht werden, deshalb gilt für alle Bereiche der Gesellschaft: „*Die Arbeiterklasse muß bei allem die Führung innehaben!*" Jede einzelne Tätigkeit ist daraufhin zu überprüfen, ob sie auch den revolutionären Klassen nützt. Unter der Parole „*Dem Volke dienen*" wurden die Interessen der Arbeiter und kleinen Bauern zur Richtschnur des Handelns gemacht.

Die grundlegende, überall angewandte Methode, um alle gewaltigen Veränderungen in Angriff zu nehmen, war die *Massenlinie*. Sie setzt uneingeschränktes Vertrauen in die Fähigkeiten der Massen voraus. Immer kommt es darauf an, die Massen zu mobilisieren, damit sie sich im Kampf selbst erziehen und ihre eigene Kraft erkennen. Dazu muß man engste Verbindung mit den Volksmassen halten, sich immer mit ihnen beraten und ihre Meinungen und Wünsche anhören, aufnehmen, zusammenfassen und wieder in die Massen tragen.

Dies ist nur eine Auswahl der wichtigsten Prinzipien der Kulturrevolution. Natürlich gab es sie schon vorher, aber erst in der Kulturrevolution wurden sie zur Leitlinie für die Millionenmassen des chinesischen Volkes, sicherlich die größte Errungenschaft der Kulturrevolution.

Überprüfen wir selbst, wie weit die Deng/Hua-Clique bereits wesentliche Prinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord geworfen hat, obwohl sie in Worten pausenlos ihre „unverbrüchliche Treue" bekundet!

II. Die Prinzipien und Errungenschaften der Kulturrevolution werden revidiert und die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wieder eingeführt

1. Akute Mißstände und Fehlentwicklungen in der chinesischen Wirtschaft

Nach dem Tod Mao Tsetungs hat die neue Führung in China unter Hua Guofeng und Deng Xiaoping das Programm der vier Modernisierungen als die zentrale politische Aufgabe für die nächsten 20 Jahre des sozialistischen Aufbaus festgelegt. Danach soll in den nächsten Jahren der wirtschaftliche Aufbau in den vier Bereichen: Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik schwerpunktmäßig entwickelt werden, um am Ende dieses Jahrhunderts China in die Gruppe der großen Industrienationen einzureihen.

Es sind nun zwei Jahre her, seit der Startschuß der neuen Führung ins Jahr 2000 gegeben wurde, schon tun sich ernsthafte Schwierigkeiten auf: So war in der letzten Zeit in der „Beijing Rundschau" von Mißerfolgen, Rückschlägen in der Produktion und einem krassen Mißverhältnis zwischen der Landwirtschaft und der Industrie zu lesen.

Mit ihren größenwahnsinnigen Investitionsprogrammen hat sich die neue chinesische Führung, wie sie jetzt selbst zugeben muß, eindeutig übernommen. So fordert Ministerpräsident Hua Guofeng neuerdings,

> „daß der Investbau rigoros reduziert wird" („Beijing Rundschau" 27/79, S. 13)

Wie er auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Juni 1979 eingestehen mußte, gibt es ernste V e r s o r g u n g s s c h w i e r i g k e i t e n:

> „Das Wachstum unserer Landwirtschaft kommt dem wachsenden Bedarf der Industrie nicht nach, ja es hält manchmal (!) nicht einmal mit dem Bevölkerungswachstum Schritt." (ebenda S. 12)

Die beiden Hauptvertreter der neuen Bourgeoisie. Deng Xiaoping und Hua Guofeng.

Die Ankaufspreise für Getreide, Baumwolle, Ölfrüchte und Schweinefleisch — entscheidende Grundnahrungsmittel und Rohstoffe für die Bevölkerung! — wurden erhöht und die zusätzlichen Kosten auf die Verbraucherpreise abgewälzt, also P r e i s e r h ö h u n g e n:

„Trotz der diesjährigen Erhöhung der Ankaufspreise hat der Staat alles versucht, Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Leben der Angestellten und Arbeiter und der städtischen Bevölkerung zu verbessern. Aber seine Finanzeinnahmen sind beschränkt, und es kann nicht allzuviel für diesen Zweck aufgewendet werden. Dies ist eine Schwierigkeit, und wir hoffen, daß die Angestellten und Arbeiter und die städtische Bevölkerung Verständnis dafür aufbringen." (ebenda S. 21)

Über die Preispolitik wollen die neuen Führer gleichzeitig die Familien- und Bevölkerungspolitik steuern; die höheren Preise treffen vor allem die Großfamilien:

„Abgesehen von den wenigen Haushalten, deren Leben unvermeidlich zeitweilig etwas beeinträchtigt wird, weil sie eine große Familie zu ernähren haben, wird das Reallebensniveau der großen Mehrheit der Angestellten und Arbeiter und der städtischen Bevölkerung nicht absinken." (ebenda S. 22)

A r b e i t s l o s i g k e i t — die es im China Mao Tsetungs nicht gegeben hat — nimmt überhand:

„Ein akutes Problem ist gegenwärtig die Arbeitsbeschaffung." (ebenda S. 22)

Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist den Worten Hua Guofengs zu entnehmen, wenn er feststellt:

„Für dieses Jahr ist geplant, mehr als sieben Millionen Menschen in volkseigenen und kollektiveigenen Betrieben unterzubringen, gleichzeitig werden großen und mittleren Städten im ganzen Land Mittel zur Einrichtung von Dienstleistungsgesellschaften zur Verfügung gestellt." (ebenda)

Das ist nur eine kleine „Blütenlese" über die unmittelbaren Folgen des revisionistischen Kurses. Hier haben wir mal keinen Grund, die Angaben Huas zu bezweifeln!

Doch die chinesischen Führer geben sich optimistisch und vertrauen dabei auf „fachmännisches Urteil". So heißt es in einem Leitartikel der „Renmin Ribao" zum 1. Mai 1979:

„Unser sozialistischer Aufbau wird sich, wenn wir uns anstrengen, nach Vollendung der Regulierung unserer Volkswirtschaft noch rapider entwickeln. Zu demselben Urteil kommen auch Fachleute in den kapitalistischen Ländern." („Beijing Rundschau" 18/79, S. 8)

Wie und warum es in China zu diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und kapitalistischen Übeln kam, wollen wir im Folgenden untersuchen. Dabei werden wir der Wirtschaftspolitik der neuen chinesischen Führung die grundsätzlichen Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus gegenüberstellen und nachweisen, wo sie den Weg Mao Tsetungs verlassen haben.

2. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus beginnen wieder zu wirken

„Der Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, in der die wesentlichen Produktionsmittel nicht Privateigentum einzelner Individuen sind, sondern gemeinsames Eigentum des ganzen Vol-

kes. Diese Gesellschaftsordnung setzt als notwendige Vorbedingung voraus, daß die Arbeiterklasse die Staatsmacht in ihren Händen hat, daß eine Diktatur des Proletariats besteht, die die Produktionsmittel den Kapitalisten entreißt und die vergesellschafteten Produktionsmittel im Interesse der Werktätigen verwaltet." (Willi Dickhut, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion S. 74)

Durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bilden diese kein Kapital mehr in der Hand von Kapitalisten, und die Arbeiter in den Betrieben werden nicht mehr wie im Kapitalismus ausgebeutet. Die kapitalistische Konkurrenz und damit die Anarchie der Produktion werden ebenso beseitigt wie die im Kapitalismus unvermeidlichen Wirtschaftskrisen.

Anders als unter der Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln ist im System des sozialistischen Eigentums das Ziel der Produktion nicht mehr die Erzielung möglichst hoher Gewinne Einzelner, sondern die wachsenden Bedürfnisse des ganzen Volkes zu befriedigen.

Die höchste Form des sozialistischen Eigentums ist das *gesellschaftliche* Eigentum an den Produktionsmitteln. Eine Studiengruppe für politische Ökonomie der Arbeiter der Shanghaier Strumpfwirkerei Nr. 4 beschreibt in der „Beijing Rundschau" 51/72 das sozialistische Eigentum in China folgendermaßen:

„In China sind heute alle Bodenschätze, Wasserwege, Wälder und anderen Reichtümer der Natur Eigentum des Staates, ebenso wie ein Teil des Bodens. Die Eisenbahnen, der Postdienst und die Banken gehören ebenfalls dem Staat, der auch Fabriken, landwirtschaftliche Betriebe, Läden und andere Unternehmungen betreibt, deren Erträge in seinen Besitz übergehen. Das Proletariat muß, nachdem es die Macht errungen hat, das kapitalistische Privateigentum unbedingt in sozialistisches Gemeineigentum umwandeln und seine eigene ökonomische Basis aufbauen. Nur so kann die Diktatur des Proletariats gesichert werden." (S. 5)

Neben dem Volkseigentum an den Produktionsmitteln existiert aber noch eine zweite Form des Eigentums: das genossenschaftliche bzw. Kollektiveigentum der Volkskommunen sowie in kleinerem Ausmaß ein privates Eigentum (Privatgrundstücke und private Viehzucht der Bauern, Privathandwerker und ein kleiner privater Markt). Denn durch das Kollektiveigentum allein ist die Landwirtschaft noch nicht in der Lage, alle erforderlichen landwirtschaftlichen Produkte zu erzeugen. Deshalb besitzen die Kommunebauern noch kleine Parzellen, um landwirtschaftliche Güter für den eigenen Gebrauch und in einem sehr geringen Ausmaß auch für einen privaten Markt herzustellen.

Die Basis — auch für die wirtschaftliche Rechnungsführung — bildet gegenwärtig noch die unterste Ebene: die Produktionsgruppe. Die weitere Entwicklung des sozialistischen Aufbaus erfordert einen Übergang zu höheren Formen des Kollektiveigentums und schließlich zum sozialistischen Volkseigentum. Denn die Kleinproduktion ist nach wie vor eine materielle Basis für eine mögliche Restauration des Kapitalismus, wie Lenin 1920 gewarnt hat:

„Die Kleinproduktion aber *erzeugt* unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie." (Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW Bd. 31 S. 8, Hervorhebung von Lenin)

Weil es auf dem Lande und in der Stadt noch diese beiden voneinander unterschiedenen Formen des sozialistischen Eigentums gibt, das gesellschaftliche Eigentum und das genossenschaftliche Eigentum, können die Produktionsmittel (Landmaschinen, Baumaterial, Düngemittel) nicht einfach den Volkskommunen zugewiesen werden, wie ja auch die Kommunebauern nicht einfach ihre Produkte ohne Bezahlung an den Staat abliefern. Das gleiche gilt für die Beziehungen der Volkskommunen untereinander. Der Austausch der Produkte zwischen den verschiedenen Eigentümern wird nach wie vor nach dem Prinzip der Warenproduktion vorgenommen.

Die Warenproduktion im Sozialismus unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von der im Kapitalismus. Die ökonomischen Beziehungen sind nicht mehr die zwischen ausbeutenden Kapitalisten und ausgebeuteten Arbeitern, die Anarchie der Produktion wird ersetzt durch die zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft,

der Bereich des Warenaustausches ist eingeschränkt. Jedoch besteht im Bereich der Verteilung und des Austausches der Waren das Prinzip des Austausches von gleichen Werten fort.

Unter der Diktatur des Proletariats muß die Arbeiterklasse die politische Kontrolle über den Einsatz der Produktionsmittel und die Leitung der Betriebe ausüben und dabei Schritt für Schritt den Bereich des bürgerlichen Rechts einschränken. Tut sie das nicht, kommt es zu jenen kapitalistischen Übeln, vor denen die chinesischen Genossen 1975 gewarnt haben:

„Wenn bürgerliches Recht in Verteilung und Austausch nach Belieben ausgeweitet und vergrößert wird, werden sich kapitalistische Ideen wie persönliche Bereicherung und Profitstreben ungehindert ausbreiten. Erscheinungen wie die Verwandlung öffentlichen Eigentums in privates, Veruntreuung und Korruption, Diebstahl und Bestechung sowie Spekulation werden auftauchen, und in bestimmten Bereichen und Organisationen, die einer revisionistischen Linie folgen, wird es zu einer Änderung im Wesen des Eigentumssystems kommen." („Beijing Rundschau" 22/75, S. 12)

Auch im Sozialismus werden die Preise für Waren nach dem Wertgesetz berechnet. Das Wertgesetz besagt, daß der Wert einer Ware von der für ihre Herstellung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird. Nur Waren, die die gleiche Menge gesellschaftlicher Arbeitszeit enthalten, können zu gleichem Wert gegeneinander ausgetauscht werden.

Die neue Führung in China will mit der uneingeschränkten Geltung und Ausweitung des Wertgesetzes die Produktion der Betriebe bestimmen. Rentabilitätsgedanken stehen an erster Stelle: Die Betriebe sollen sich danach entwickeln, wie gewinnträchtig sie ihre Produkte herstellen können; je höher die Gewinne desto besser. So führte der Präsident der chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften, Hu Tjiaomu, auf einer Sitzung des Staatsrates im Juli 1978 aus:

„Eine vernünftige Preisregelung wird dem jeweiligen Produzenten mehr Gewinn bringen, eine unvernünftige weniger, deshalb ist die Preisregelung ein wichtiges Werkzeug für unsere Planwirtschaft." („Beijing Rundschau" 46/78, S. 20)

Die gelehrten Ausführungen des Herrn Präsidenten zeigen deutlich, wohin eine uneingeschränkte Geltung des Wertgesetzes unmittelbar führt: zu Preiserhöhungen für die chinesischen Werktätigen.

Wie sehr die kapitalistische Gesetzmäßigkeit bereits heute in China wirkt, zeigt die folgende Äußerung aus der „Beijing Rundschau" 14/79, S. 16:

„Die Mißachtung des spontanen Wirkens des Wertgesetzes wird gerade dazu führen, daß das Wertgesetz sich spontan durchsetzt. Dies würde letztlich zur Anarchie der Produktion führen."

Mit anderen Worten: Das Wertgesetz soll sich ohne Einschränkung entfalten können.

Auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Juli 1979 wurde eine noch weitergehende „Reform der Wirtschaftsstruktur" diskutiert. Sie ist nichts anderes als die Ausrichtung der Produktion an den Gesetzen des kapitalistischen Marktes:

„Um mit den Mißständen in der bestehenden Wirtschaftsstruktur gründlich aufzuräumen, bedarf es einer Reformierung. So müssen wir z. B. das System des zentralisierten Ankaufes und Absatzes von Waren verändern und die Regulierung durch den Plan mit der durch den Markt verbinden. Der Staat muß planmäßig die Produktion und Verteilung derjenigen Produkte regulieren, die für die Volkswirtschaft und das Leben des Volkes von großer Bedeutung sind. Oder anders gesagt, Produktion und Verteilung dieser Produkte erfolgt entsprechend dem Staatsplan. Produktion und Vertrieb von Produkten, die nicht zu dieser Kategorie gehören, können je nach der Nachfrage auf dem Markt erfolgen und entsprechend reguliert werden." („Beijing Rundschau" 26/79, S. 19)

Das bedeutet für die staatlichen Betriebe:

„Bei der gegenwärtigen Reformierung der Wirtschaftsstruktur müssen wir den Kompetenzbereich der Betriebe erweitern. Den Betrieben muß das Recht eingeräumt werden, entsprechend den

Wo der kapitalistische Markt wieder eingeführt wird, werden auch wieder Gelder für die Werbung vergeudet. (Foto: Rückseite „Beijing Rundschau" 10/79)

Bedürfnissen des Staates und des Marktes ihre eigenen Produktions- und Verkaufspläne auszuarbeiten." (ebenda)

Produktion für den Markt orientiert sich nicht an dem Bedarf der Werktätigen, Marktgesetze sind die Regeln der kapitalistischen Konkurrenz. Die Betriebe produzieren nicht gemeinsam nach einheitlichem Plan, sondern in gegenseitiger Konkurrenz, um höhere Gewinne zu erzielen als der andere. Klar, daß bei Einführung des kapitalistischen Marktes den einzelnen Betrieben auch das Recht der eigenverantwortlichen Personalplanung übertragen werden muß:

„Die Betriebe bedürfen nicht nur einer gewissen Autonomie hinsichtlich Produktion, Zulieferung und Absatz, sie müssen zugleich auch über gewisse Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich Personal- und Finanzfragen sowie hinsichtlich des Materials verfügen. Ob ein Betrieb gut geführt wird, muß direkt mit seiner Entwicklung sowie mit den materiellen Interessen seiner Belegschaft in Verbindung gebracht werden." („Beijing Rundschau" 26/79, S. 20)

Wenn es den einzelnen Betrieben freigestellt wird, über Personal- und Finanzfragen zu entscheiden, die Betriebe gleichzeitig nach dem Gewinnprinzip arbeiten, dann steht es in der Macht der Betriebsdirektoren, Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen und auch Arbeiter zu entlassen. Ein Heer von Arbeitslosen wird die Folge sein. Über erste Anzeichen dieses kapitalistischen Übels haben wir oben berichtet.

3. Die Betriebe werden mit kapitalistischen Methoden geführt

Bevor wir auf die Pläne der Deng-Hua-Führung über die Änderung der Verwaltung der Betriebe eingehen, stellen wir noch einmal grundsätzlich das Ziel der Produktion im Kapitalismus dem Ziel der Produktion im Sozialismus gegenüber; K. Marx schreibt in den „Theorien über den Mehrwert" über die Ziele der Produktion im Kapitalismus:

„Der direkte Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die Produktion der Waren, sondern des Mehrwerts oder des Profits in seiner entwickelten Form; nicht des Produkts, sondern des Mehrproduktes . . . Die Arbeiter selbst erscheinen in dieser Auffassung als das, was sie in der kapitalistischen Produktion sind — bloße Produktionsmittel; nicht als Selbstzweck und nicht als Zweck der Produktion." (zitiert nach Willi Dickhut, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, S. 79)

Das Buch „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" hält als Ziel der Produktion im Sozialismus fest:

„Im Sozialismus dagegen stehen die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. Die Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse stellen das ‚ununterbrochene', also von keinen Krisen unterbrochene ‚Wachstum' und die ‚ununterbrochene Vervollkommnung der Produktion' dar. Die Steigerung der Produktion ist aber kein S e l b s t z w e c k, sondern, wie Stalin ausdrücklich betont, das hauptsächliche M i t t e l zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft." (S. 80 — Hervorhebung im Original)

Unsere alltägliche Erfahrung lehrt, daß bei uns nicht die Interessen der Bevölkerung im Mittelpunkt der Produktion stehen, sondern das Profitstreben einer kleinen Handvoll von Monopolherren. So wird das Erdöl künstlich verknappt, um die Preise für Benzin und Heizöl in schwindelnde Höhe zu treiben — die großen Ölkonzerne sahnen riesige Gewinne ab. Im Interesse des Profits wird auf Teufel komm raus rationalisiert, um die „Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft" zu erhalten — Arbeitsplätze werden wegrationalisiert, die Kollegen auf die Straße gesetzt.

Im Sozialismus ist das anders. Nicht nur die Preise sind stabil oder sinken und garantieren der Bevölkerung einen stetig wachsenden Lebensstandard. Die Arbeitsplätze sind sicher. Auch im Sozialismus gibt es eine Rationalisierung, aber mit dem entscheidenden Unterschied, daß die Ergebnisse der Rationalisierung der ganzen Gesellschaft zugutekommen und nicht zu Lasten der Arbeitsplätze der Arbeiter gehen.

Betrachten wir das an einem Beispiel der Werft in Daliän:

„In unserer sozialistischen Gesellschaft ist die Arbeitskraft keine Ware. Die Arbeiter sind nicht mehr Lohnsklaven, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Alle Arbeitsfähigen erhalten Arbeit. ‚Arbeitsvermittlungsämter' sind längst abgeschafft. Mit der stetigen Entwicklung der Produktion wird es im allgemeinen für jede Fabrik nötig, neue Arbeitskräfte hinzuzuziehen. Aber eine Fabrik darf keine Arbeiter selbst anstellen oder entlassen. Arbeiter müssen durch die Arbeitsabteilungen der Regierung nach einheitlichen Plänen zugeteilt werden. Die Lohnhöhe der volkseigenen Betriebe wird ebenfalls durch den Staat einheitlich festgelegt.

Seit der großen Kulturrevolution hat die rasch größer werdende Hongtji-Werft viele neue Arbeiter und Angestellte aufgenommen. Jugendliche aus den Dörfern, demobilisierte Armeeangehörige, Hochschul- und Fachschulabsolventen sind alle der Werft durch die Arbeitsabteilungen der Regierung zugewiesen worden. Es wurden aber auch 3 000 Arbeiter und Angestellte dieser Werft von den Arbeitsabteilungen auf andere Posten versetzt, um neu errichtete Werften zu unterstützen." („Beijing Rundschau" 17/76, S. 23)

Die neue Führung in China will andere Methoden in der Leitung der Betriebe anwenden. So ließ der Präsident der chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften, Hu Tjiaomu verlauten:

„Und trotzdem, es wird zuviel mit rein administrativen Methoden gearbeitet. Auch sind unnötig viele schwerfällige, uneffektive Organe eingerichtet worden. All dies hindert uns daran, uns die fertigen, vom Kapitalismus hinterlassenen vereinfachten Methoden des Managements zunutze zu machen und die Wirtschaft entsprechend ihren Gesetzmäßigkeiten zu verwalten." („Beijing Rundschau" 47/78, S. 14)

Ein sozialistischer Staat kommt zumindest in der ersten Zeit nicht umhin, das Wertgesetz und andere Elemente des Kapitalismus beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft anzuwenden. Das hat auch Lenin beim wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion getan. Er war entschieden dafür, kapitalistische Elemente für den

Aufbau des Sozialismus auszunutzen. Gleichzeitig ist er jedoch genauso entschieden für die politische Kontrolle durch die Masse der Werktätigen eingetreten: je mehr kapitalistische Elemente — desto schärfer die Kontrolle.

Deng Xiaoping und Konsorten tun aber heute genau das Gegenteil: Sie weiten die ökonomischen Hebel der Wirtschaftsführung aus und schränken die proletarische Kontrolle ein. Selbstverständlich werden sich die heutigen Führer in China gegen eine solche „Unterstellung" wehren und beteuern, daß sie den Klassenkampf nicht verraten haben.

Hua Guofeng benennt in seinem Bericht auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im Juli 1979 die „noch übriggebliebenen" Klassenfeinde: Konterrevolutionäre und feindliche Agenten, Kriminelle und politisch entartete Elemente, auch neue Ausbeuter und „gewisse übriggebliebene Anhänger der ‚Viererbande' ", „einige wenige nicht richtig umerzogene Grundherren und Großbauern und versprengte Angehörige der anderen alten Ausbeuterklassen". Alle zusammen sollen angeblich nur eine „winzige Minderheit" bilden („Beijing Rundschau" 27/79, S. 10)!

Es ist klar, daß Hua in dieser umfangreichen Aufzählung von Klassenfeinden im Sozialismus den wichtigsten Feind nicht nennen kann: die *neue Bourgeoisie!* Denn er selbst ist deren führender Vertreter. Die neue Bourgeoisie als Hauptfeind des Sozialismus einfach zu unterschlagen, bedeutet das Eingeständnis, daß sie bereits an den Schalthebeln der Macht sitzt. Alles Gerede vom Klassenkampf gegen eine „winzige Minderheit" soll nur ablenken von dem revisionistischen Kurs, den die neue Führung eingeschlagen hat. Dabei erweisen sich die neuen Führer in ihren Methoden und Verschleierungskünsten als gelehrige Schüler ihrer revisionistischen Lehrmeister in der Sowjetunion, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 den Kapitalismus in der Sowjetunion restauriert haben. Auch die sowjetischen „Reformen" begannen mit der Auflösung der zentralen Wirtschaftsverwaltung und der Übergabe der Entscheidungsbefugnisse an regionale Organe und Betriebsdirektoren.

Dieses Programm ist nicht bloß die Theorie eines Professors der Ökonomie, sondern es wird inzwischen auf allen Ebenen in die

Praxis umgesetzt, wie wir schon oben gesehen haben. Die Revolutionskomitees in den Betrieben wurden aufgelöst, die Verwaltung der Betriebe wird schon zu einem Großteil von allein verantwortlichen Betriebsdirektoren ausgeführt. Das entsprechende Fachpersonal wird bereits herangebildet. So heißt es in der „Beijing Rundschau" 12/79, S. 7 unter dem Titel: „Für die Modernisierung des Managements":

> „Seit 3. März werden von der Staatlichen Wirtschaftskommission Kurse für Management angeboten . . . Sie (die Manager — d. Red.) sollen sich Klarheit über die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus verschaffen und sich über moderne ausländische Verwaltungsmethoden und die Erfahrungen der fortgeschrittenen inländischen Betriebe beim Management informieren. Ferner sollen sie sich mit Problemen des gegenwärtigen Managements auseinandersetzen und sodann konstruktive Vorschläge machen."

An die Stelle der vom Revolutionskomitee beauftragten und kontrollierten Mitglieder der Betriebsleitung treten Fachleute, die von der Regierung eingesetzt werden: eben Manager.

Nicht nur wird die Verwaltung der volkseigenen Betriebe dezentralisiert und die Verantwortung auf die einzelnen Betriebe (also die Betriebsleitungen) übertragen. Die neuen chinesischen Revisionisten gehen noch einen Schritt weiter. Mit verschiedenen Maßnahmen wie Einrichtung von Betriebsfonds und der Ausweitung und Wiedereinführung von Prämiensystemen versuchen sie die Werktätigen Chinas für ihre „sozialistische Modernisierung" zu gewinnen.

> „Damit jeder Betrieb volle Verantwortung für seine wirtschaftlichen Resultate trägt, die gesamte Belegschaft und die Leiter sich um die Produktion kümmern und sie mit allen Mitteln steigern, den Arbeitsaufwand vermindern und die *Produktivität erhöhen*, muß man folgendes Prinzip durchführen: Jenen Betrieben, die gut arbeiten und bessere wirtschaftliche Resultate erzielen, sollen *größere materielle Vorteile* gewährt werden, während die schlecht geführten Betriebe weniger materielle Vorteile bekommen oder sogar mit wirtschaftlichen

Sanktionen belegt werden." („Beijing Rundschau" 41/78, S. 8 — Hervorhebung durch die Red.)

Demgegenüber haben wir bereits in dem Buch „Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion" klar dargestellt:

„*Die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kapitalismus* beruht auf dem Streben der Kapitalisten nach Maximalprofiten, die durch die Entwicklung der Technik in Verbindung mit erhöhter Anspannung der Arbeitskraft erzielt werden, wobei letzteres durch materiellen Anreiz und Anwendung verschiedener Druckmittel erzeugt wird, kurz: Sicherung von Maximalprofiten durch verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus beruht auf dem Streben, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zu befriedigen und zu heben, was durch immer höhere Entwicklung der Technik in Verbindung mit der Erweiterung und Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins als Triebkraft des Arbeitseinsatzes erreicht wird. Kurz: Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse aller Werktätigen durch hochentwickelte Technik in Verbindung mit dem sozialistischen Bewußtsein der Massen." (S. 148 — Hervorhebung im Original)

Durch die Praktiken der neuen Führung werden die staatlichen Betriebe jedoch nicht zu einem sozialistischen Wettbewerb um die möglichst rasche Entwicklung des wirtschaftlichen Aufbaus angespornt. Für den einzelnen Betrieb steht nicht mehr das gemeinsame Ziel, der Aufbau des Sozialismus und die Hebung des Lebensstandards des gesamten Volkes im Mittelpunkt, sondern das eigene Interesse, mit möglichst geringem Aufwand, möglichst gut und schnell zu produzieren und dadurch materielle Vorteile zu erlangen.

Die revisionistischen Ökonomen nennen das „Rentabilität" der einzelnen Betriebe. Es ist klar, daß bei solcher Art Betriebsführung die Höhe des Gewinns eine ganz andere Rolle spielt: das Verhältnis des Gewinns zu den aufgewandten Kosten an Material und Arbeitskräften bestimmt den Grad der Rentabilität eines Betriebes. Folglich ist jeder Betrieb daran interessiert, einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Hierdurch wird auch das Prinzip: jeder nach

seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung, auf das die neuen Revisionisten an anderer Stelle so sehr schwören, verletzt. Wer als einfacher Arbeiter zufällig in einem rentablen Betrieb arbeitet, erhält mehr Lohn bzw. eine höhere Prämie als ein Arbeiter in einem unrentablen Betrieb, obwohl beide gleich hart arbeiten müssen.

Nach der oben beschriebenen „Rentabilität" müssen unrentable Betriebe auf die Dauer auf der Strecke bleiben, vielleicht werden sie noch mit Sanktionen belegt. Die Orientierung der gesamten Produktion an den Bedürfnissen der Bevölkerung macht die Existenz solcher auf den ersten Blick „unrentablen" Betriebe absolut notwendig. Durch die einheitliche, zentrale Planung und Führung der Industrie durch den Staat der Diktatur des Proletariats werden diese mit Verlust arbeitenden Betriebe bewußt eingeplant und erhalten entsprechende Zuschüsse.

Denn entgegen dem Kapitalismus kennt der Sozialismus eine andere, höhere Art von Rentabilität, wie Stalin lehrt:

„Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern." (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S. 25)

Es darf deshalb nicht verwundern, sondern muß im Gegenteil klar ins Auge gefaßt werden, daß, wird der jetzt eingeschlagene Kurs beim Aufbau der Wirtschaft Chinas fortgesetzt, dies notwendigerweise zu wirtschaftlichen Rückschlägen und langfristig auch

zu Krisen führen muß. Ausbaden und bezahlen müssen das nicht diejenigen, die diesen Kurs steuern: die neuen Staats- und Wirtschaftsführer, die höheren Funktionäre des Verwaltungsapparates, die Betriebsleitungen und Manager, sondern die Arbeiter und Bauern.

4. Durch materiellen Anreiz wird das sozialistische Bewußtsein zerstört

Um die Werktätigen für den neuen Kurs der Wirtschaftspolitik zu gewinnen, müssen die neuen Revisionisten das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter zerstören, indem sie die Arbeiter mit Prämien ködern.

Im Sozialismus herrscht noch das Verteilungsprinzip: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Aber dieses Verteilungsprinzip ist kein kommunistisches, weil die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit noch immer mit dem bürgerlichen Recht behaftet ist.

Wenn uns die Kapitalisten erzählen, im Kapitalismus würde jeder nach seiner Leistung bezahlt, wollen sie uns damit zur Arbeit antreiben. Direkter Druck von Antreibern oder die Angst um den Arbeitsplatz sollen uns zu Höchstleistungen treiben. Denn je höher unsere Arbeitsproduktivität, desto höher ihr Gewinn.

Auch im Sozialismus geht es um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, hier geht es aber darum, den Wohlstand des gesamten Volkes zu heben. Wenngleich das Entlohnungsprinzip entsprechend der Leistung zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität beiträgt, so ist dies immer noch ein bürgerliches Prinzip.

> „Das *gleiche Recht* ist hier daher immer noch — dem Prinzip nach — das *bürgerliche Recht* . . . die Gleichheit besteht darin, daß an *gleichem Maßstab*, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Das *gleiche* Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschie

> de an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. *Es ist daher ein Recht der Ungleichheit seinem Inhalt nach, wie alles Recht.*“ (K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, Ausgewählte Schriften Bd. II, S. 16/17 — Hervorhebung durch Marx)

Wer nur mehr arbeitet, weil er dann mehr bekommt, hat noch seinen persönlichen Nutzen im Auge und nicht den Nutzen der gesamten Gesellschaft. Dieses Bewußtsein ist unvereinbar mit der Entwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus. Wer nur an seinen persönlichen Nutzen denkt, läßt sich auch von materiellen Anreizen ködern, wenn sich eine neue Kapitalistenklasse in Partei- und Staatsapparat festsetzt.

Entscheidend für den weiteren Aufbau ist die Erziehung der Werktätigen im sozialistischen Bewußtsein bis zu einer solchen Höhe, daß der Antrieb zur Arbeit in keiner Weise mehr von der Bezahlung, sondern einzig und allein von der Überzeugung der Arbeit für die ganze Klasse ausgeht. So beschlossen 1919 kommunistische und mit ihnen sympathisierende Eisenbahnarbeiter in der Sowjetunion aus sich heraus, jeden Sonnabend unentgeltlich 6 Stunden Mehrarbeit zu leisten. Durch Begeisterung und Einmütigkeit wurde die Arbeitsproduktivität um das zwei- bis dreifache gesteigert. Lenin schrieb über diese Subbotniks (Feierschichten):

> „Von geradezu gigantischer Bedeutung ist es in dieser Hinsicht, daß die Arbeiter aus eigener Initiative *kommunistische Subbotniks* veranstalten. Offenbar ist das lediglich ein Anfang, aber es ist ein Anfang von ungewöhnlich großer Tragweite. Es ist das der Anfang einer Umwälzung, die schwieriger, wesentlicher, radikaler, entscheidender ist als der Sturz der Bourgeoisie, denn das ist ein Sieg über die eigene Trägheit, über die eigene Undiszipliniertheit, über den kleinbürgerlichen Egoismus, über diese Gewohnheiten, die der fluchbeladene Kapitalismus dem Arbeiter und Bauern als Erbe hinterlassen hat. Erst wenn *dieser* Sieg verankert sein wird, dann und nur dann wird die neue gesellschaftliche Disziplin, die sozialistische Disziplin geschaffen sein, dann und nur dann wird eine Rückkehr zum Ka-

pitalismus unmöglich, wird der Kommunismus wirklich unbesiegbar werden." (Lenin, Die große Initiative, LW Bd. 29, S. 399 — Hervorhebung von Lenin)

Auch in der Volksrepublik China gibt es solche Beispiele, in denen die werktätigen Massen alle ihre Kräfte konzentrieren, um bisher unüberwindliche Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Und das ohne eine zusätzliche Bezahlung. So wurde der Rote-Fahne-Kanal über lange Strecken durch felsiges Gebirge gebaut. Der Kanal wurde in den Jahren 1960 bis 1969 trotz des Widerstandes der Regierung von der Bevölkerung unter Führung des Kreisparteikomitees errichtet.

In und nach der Kulturrevolution haben die chinesischen Werktätigen in den Betrieben eine breite Diskussion über die Einschränkung des materiellen Anreizes in Form von Prämien und Leistungslohn geführt. In der Erkenntnis, daß die Zahlung von Prämien für höhere Leistung oder auch für ein höheres politisches Bewußtsein sowie die Beibehaltung eines 8-stufigen Lohnsystems Reste des Kapitalismus sind, die der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins entgegenstehen, gingen sie daran, das Prämiensystem abzubauen und das Lohnsystem einzuschränken.

Die neue Führung schlägt jedoch eine andere Richtung ein. Schon bald nach ihrer Machtübernahme versuchte sie unter dem Vorwand, die Produktion zu steigern und die vier Modernisierungen voranzutreiben, den materiellen Anreiz zu rechtfertigen und das bestehende 8-stufige Lohnsystem auszuweiten:

„Die Lohnskala z. B. braucht nicht unbedingt auf acht Lohnstufen begrenzt zu sein." („Beijing Rundschau" 33/78, S. 16)

Zwar wird anfänglich betont, daß man der politischen und ideologischen Erziehung den Vorrang einräumen müsse. Dies dient aber nur zur Tarnung ihrer revisionistischen Ansichten, denn im folgenden ist nur noch vom materiellen Anreiz die Rede. Da heißt es dann in einem Leitartikel der „Renmin Ribao" vom 9. 4. 1978:

„Aber in der historischen Periode des Sozialismus sind die gesellschaftlichen Produkte noch nicht in Hülle und Fülle vorhanden, und das Bewußtsein der Menschen ist durchweg noch nicht

hoch genug. Unter diesen Umständen genügt der moralische Ansporn allein nicht, sondern man muß auch die materiellen Interessen der Massen berücksichtigen. Man muß die Werktätigen, die verschiedene Arbeitsfähigkeiten haben und verschiedene Arbeitsleistungen erbringen, hinsichtlich des Einkommens in gewissem Grad differenziert behandeln. Diejenigen, die hervorragende Leistungen vollbracht haben, sollen prämiert werden." („Beijing Rundschau" 16/78, S. 7)

So geht das also. Das mangelhafte sozialistische Bewußtsein der Werktätigen muß dazu herhalten, den materiellen Anreiz zu rechtfertigen. Wie mangelhaft das sozialistische Bewußtsein der chinesischen Werktätigen ist, wird sich noch herausstellen. Die Vertreter des materiellen Anreizes in China sind dabei noch ziemlich dreist, indem sie Mao Tsetung für ihre bürgerlichen Methoden verantwortlich machen wollen. Mao Tsetung hatte im Befreiungskampf des chinesischen Volkes und auch später hervorragende und tapfere Leistungen sowie Helden der Arbeit stets ausgezeichnet. Die Auszeichnung solcher Vorbilder sollte den Massen als Ansporn dienen, selbst alle Kräfte für den sozialistischen Aufbau zu mobilisieren. Diese Auszeichnung, in erster Linie eine politische Maßnahme, wird nun als Beispiel für die Einführung des materiellen Anreizes genommen.

Den neuen Führern geht es also nicht um die Erkämpfung eines sozialistischen Bewußtseins und nicht um die schrittweise Überwindung des Prinzips „Jedem nach seiner Leistung", sondern um die Beibehaltung und Ausdehnung dieses Prinzips, um die Festigung und Erweiterung des bürgerlichen Rechts. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Maotsetungideen und der Zeit der Kulturrevolution. In dem Bericht an den IX. Parteitag konnte das ZK der KP Chinas 1969 feststellen:

„Der Enthusiasmus der breiten werktätigen Volksmassen in der Revolution und in der Produktion ist in einem solchen Maße gestiegen, wie es bisher noch nie der Fall war. In vielen Fabriken, Bergwerken und anderen Betrieben werden die Produktionsrekorde laufend verbessert, und es wird ein so hoher Produktionsstand erreicht, wie er in der Geschichte noch nicht da-

gewesen ist. Die technische Revolution entwickelt sich fortlaufend. Der Markt blüht auf, die Preise sind stabil. Bis Ende 1968 wurden von uns alle Staatsanleihen zurückgezahlt. Unser Land ist zu einem sozialistischen Staat geworden, der sowohl von inländischen als auch von ausländischen Schulden frei ist." (Bericht auf dem IX. Parteitag der KP Chinas, in: Wichtige Dokumente der großen proletarischen Kulturrevolution, S. 67)

Unter dem Vorwand, den Kampf gegen die schädlichen Auswirkungen der „Viererbande" zu bekämpfen, werden diese Erfolge heute zunichte gemacht und kapitalistische Methoden wieder eingeführt. So heißt es in dem Leitartikel zum Schluß:

„Da die ‚Viererbande' im Grunde die absolute Gleichmacherei propagierte, entstand die unvernünftige Erscheinung, daß alle gleich entlohnt wurden, ungeachtet dessen, ob sie mehr oder weniger leisten, gut oder schlecht arbeiten und ob sie überhaupt arbeiten oder nicht. Das hatte zur Folge, daß die gesellschaftliche Moral untergraben, das Denken der Menschen verwirrt, die Arbeitsaktivität der Massen gedämpft und die Produktion schwer beeinträchtigt wurde. Deshalb müssen wir die Verbrechen der ‚Viererbande', die das Prinzip ‚Jedem nach seiner Leistung' über Bord warf, gründlich kritisieren und materiellen Ansporn, Stücklohn, Zulagen für bestimmte Arbeiten und andere diesbezügliche Vorschriften wiederherstellen." („Beijing Rundschau" 16/78, S. 7/8)

Sie schießen gegen die „Viererbande", meinen aber Mao Tsetung und die proletarische Kulturrevolution. Da sie es noch nicht wagen, Mao Tsetung offen anzugreifen, müssen sie es mit versteckten Methoden versuchen.

Betrachten wir die Pläne der neuen chinesischen Führung in Partei, Staat und Wirtschaft sowie die inzwischen eingeleiteten Maßnahmen in ihrem Zusammenhang, so ist zu erkennen:

- die wirtschaftliche Verwaltung wird dezentralisiert und damit die staatliche Kontrolle der Produktion abgebaut
- mit dem Kampf gegen „administrative Methoden" wird die politische Führung und Kontrolle durch die Arbeiterklasse abgebaut

- das Prinzip: „Die Politik muß in allem die Führung haben", wird durch das „Handeln nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten" ersetzt
- durch Wiedereinführung und Ausweitung des materiellen Anreizes als treibende Kraft der Produktion wird das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter zersetzt.

Mao Tsetung hat gelehrt:

„Der Klassenkampf, der Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren — das sind die drei großen revolutionären Bewegungen für den Aufbau eines mächtigen sozialistischen Landes; sie sind eine sichere Garantie, daß die Kommunisten imstande sind, frei von Bürokratismus zu bleiben, den Revisionismus und den Dogmatismus zu vermeiden und für immer unbesiegbar zu sein; sie geben die zuverlässige Gewähr, daß das Proletariat im Bündnis mit den breiten Massen der Werktätigen die demokratische Diktatur ausüben kann." (Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung, S. 47/48)

Mao Tsetung hat immer wieder betont, daß der Klassenkampf das Hauptkettenglied ist, von dem alles abhängt. Der Klassenkampf muß im Sozialismus auf allen Ebenen: in Wirtschaft, Politik und Kultur geführt werden, um die Diktatur des Proletariats zu festigen und die noch vorhandenen bürgerlichen Einflüsse schrittweise zurückzudrängen. Das bürgerliche Recht muß eingeschränkt, das sozialistische Bewußtsein entwickelt werden. Das ist nur möglich, wenn die Politik in allem die Führung hat.

Deng Xiaoping und Hua Guofeng stellen diese grundsätzliche Aussage Mao Tsetungs auf den Kopf. Weil sie die Diktatur des Proletariats zerstören wollen, verfälschen sie das Verhältnis von Produktion und Klassenkampf. Wenn sie noch vom Klassenkampf reden, dann vom Kampf gegen die kleine Handvoll unverbesserlicher Elemente der alten Gesellschaft und insbesondere die Anhänger der sogenannten „Viererbande".

Ganz offen leugnen sie die führende Rolle der Politik und stellen die vier Modernisierungen an die erste Stelle, denen auch der Klassenkampf untergeordnet werden muß. So heißt es in einem Leitartikel der „Renmin Ribao" unter dem Titel „Die politisch-ideologische Arbeit verstärken!":

„Genosse Mao Zedong (Mao Tsetung) sagte: ‚Ein Grundprinzip des Marxismus-Leninismus besagt, daß man die Massen veranlassen muß, ihre Interessen zu erkennen, sich zusammenzuschließen und für die eigenen Interessen zu kämpfen.' Gemäß diesem Prinzip besteht die Aufgabe der politisch-ideologischen Arbeit in der neuen Etappe darin, die Massen zu erziehen, zu mobilisieren und zu organisieren, *damit sie sich von ganzem Herzen und mit vereinten Kräften für die vier Modernisierungen einsetzen.*" („Beijing Rundschau" 19/79, S. 13 — Hervorhebung durch die Red.)

Das führt soweit, daß sie den Marxismus-Leninismus verdrehen müssen, um ihren revisionistischen Weg zu tarnen. Wie das Prinzip „*die Politik muß in allem die Führung haben*" von Deng Xiaoping und Konsorten aufgefaßt wird, ist so entlarvend, daß wir es an dieser Stelle nicht auslassen wollen:

„Durch Phrasendrescherei lassen sich die vier Modernisierungen nicht verwirklichen. Wir müssen uns vor leerem Geschwätz hüten. In der Produktion und bei der fachlichen und technischen Arbeit müssen wir die Politik in die Tat umsetzen. Auf allen Gebieten muß man erkennen, daß das, was wir gegenwärtig tun, der Verwirklichung der vier Modernisierungen dient und von ungeheurer politischer Bedeutung ist. Von daher kann man sagen, daß die Förderung von mehr Erdöl die Politik der Erdölindustrie, die Förderung von mehr Kohle die Politik der Bergarbeiter, die Produktion von mehr Getreide die Politik der Bauern, die Verteidigung der Grenzen die Politik der Soldaten und das fleißige Studium die Politik der Studenten ist." („Beijing Rundschau" 17/79, S. 11)

5. Das Prinzip „Vertrauen auf die eigene Kraft" wird aufgegeben

Um den wirtschaftlichen Aufbau des Landes voranzubringen, hat sich die Volksrepublik China zur Zeit Mao Tsetungs im wesentlichen auf die Reserven und Mittel des eigenen Landes und die Schöpferkraft der chinesischen Volksmassen verlassen. Das Prinzip „auf die eigene Kraft vertrauen" drückt den Willen des chinesischen Volkes aus, Landwirtschaft und Industrie ohne fremde Hilfe, insbesondere ohne ausländisches Kapital, aus eigenen Kräften zu entwickeln.

Mao Tsetung faßt diesen Weg so zusammen:

„In der Hauptsache auf die eigene Kraft vertrauen, zu deren Unterstützung Hilfe von auswärts gewinnen, sich von abergläubischen Vorurteilen freimachen, unabhängig und selbständig die Industrie, die Landwirtschaft betreiben und die technische wie auch die Kulturrevolution durchführen, mit der sklavischen Gesinnung brechen, den Dogmatismus begraben, gewissenhaft von den guten Erfahrungen anderer Länder lernen und unbedingt auch deren schlechte Erfahrungen studieren — und diese uns als Lehre dienen lassen: das eben ist unsere Linie." (zitiert nach „Beijing Rundschau" 35/76, S. 9)

Dieses Leitmotiv für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft entstand aufgrund bitterer Erfahrungen des chinesischen Volkes. Als die Kommunisten Chinas an der Kritik an dem Revisionisten Chruschtschow festhielten, stellte die Sowjetunion Anfang der 60er Jahre jegliche bisher gewährte Hilfe ein (genauso wie das die heutige chinesische Führung im letzten Jahr gegenüber Albanien machte). Tausende sowjetischer Techniker wurden von der sowjetischen Führung zurückgerufen, Bauten blieben unvollendet. Alle Pläne wurden mitgenommen. China hatte hohe Kredite aus der damals noch sozialistischen Sowjetunion bekommen und mußte zurückzahlen. Das war für China damals eine gefährliche Lage.

In dieser Situation geschah in China das für eine engstirnige, kapitalistische Gedankenwelt Unvorstellbare: Die Kommunistische Partei Chinas unter Mao Tsetung rief das ganze Volk auf, aus den Erfahrungen zu lernen und aus eigener Kraft den Sozialismus aufzubauen. Noch lächelten die Kapitalisten über die kleinen Hochöfen und die „blauen Ameisen". Aber schon bald gab es unzweifelhafte Beweise für den Erfolg beim selbständigen Aufbau einer sozialistischen Industrie, etwa das Erdölfeld Datjing in der Mandschurei: seine Erschließung begann 1960. Chinas Erdölindustrie war damals sehr zurückgeblieben.

„Die Imperialisten versuchten, China auf lange Frist zu einem Absatzmarkt für ihr Öl zu machen. Vor der Befreiung hatten sie mehrmals ihre geologischen ‚Experten' zu ‚Untersuchungen' nach China geschickt. Diese verzapften solchen Unsinn wie ‚Die Gesteinstypen und ihr geologisches Alter im größeren Teil Chinas schließen jede Möglichkeit von Erdölvorkommen aus' und zogen daraus die Schlußfolgerung, China sei arm an Erdöl. Die modernen Revisionisten faselten ebenfalls davon, daß es in China nur wenig Ölvorkommen gäbe, und suchten unsere wirtschaftliche Entwicklung durch Einschränkung von Öllieferungen zu drosseln." (Datjing, Ein rotes Banner an Chinas industrieller Front, Peking 1972, S. 22/23)

Im Vertrauen auf die eigene Kraft, ohne ausländische Unterstützung und trotz allen Hindernissen und Schwierigkeiten bauten die chinesischen Arbeiter das Erdölfeld Datjing auf. Die ursprüngliche Kapazität der Ölraffinerie des Feldes von einer Million Tonnen jährlich wurde später auf 2 1/2 Millionen Tonnen erhöht, dann verdoppelt auf 5 Millionen Tonnen 1972.

Unabhängig vom Ausland und im Vertrauen auf die eigene Kraft errichteten die chinesischen Arbeiter ihre eigene Industrie. Erfüllt von sozialistischem Bewußtsein wurden selbst die schwierigsten Hindernisse beseitigt.

„Datjing hat Öl gefördert, Erfahrungen gemacht und Kader ausgebildet und so zum Aufbau des Sozialismus in unserem Land einen hervorragenden Beitrag geleistet." (ebenda S. 27)

Für die Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika ist dies ein leuchtendes Beispiel, wie ohne Abhängigkeit vom Ausland eigenständig eine eigene Industrie aufgebaut werden kann.

Inzwischen ist aber in der chinesischen Politik ein grundlegender Wandel eingetreten, der von den westlichen Kapitalisten mit Befriedigung aufgenommen worden ist. So heißt es z. B. in einer Broschüre der Dresdner Bank „Besonderheiten des Außenhandels der Volksrepublik China" (Frankfurt 1979):

„Die Außenhandelspolitik der VR China befindet sich aufgrund des im März 1978 beschlossenen Wirtschaftsprogramms, durch das sich das Land bis zum Jahr 2000 unter die führenden Industriemächte einreihen will, in einem tiefgreifenden Wandel. Wurden bis dahin auch bilateral möglichst ausgeglichene Handelsbilanzen angestrebt und Zahlungsziele, wenn überhaupt, nur auf ‚deferred payment basis', d. h. Lieferantenkredite, in Anspruch genommen, so ist die VR China nunmehr zur Finanzierung der weitgesteckten Industrialisierungsvorhaben offenbar bereit, sich in gewissem Maße im Ausland zu verschulden . . .

Der bisherige chinesische Grundsatz, daß eine Auslandsverschuldung die politische Handlungsfreiheit unzumutbar einschränke, wird künftig wohl nur sehr modifiziert angewandt. Dadurch eröffnen sich wesentlich erweiterte Möglichkeiten für eine Intensivierung des deutsch-chinesischen Warenaustausches. Zunehmend scheint die chinesische Seite auch Kompensationsgeschäfte (Verrechnung der eingeführten Waren mit Ausfuhrgütern — die Red.) in Erwägung zu ziehen." (S. 1/2)

Schauen wir uns die Maßnahmen im einzelnen an, die die chinesischen Revisionisten mit dem Ausland aushandeln wollen bzw. schon ausgehandelt haben:

— komplette Industrieanlagen werden im Ausland gekauft, wie z. B. das Kohlebergwerk Houlinhe, das von der Firma Orenstein und Koppel und der Friedr. Krupp AG projektiert wurde und dessen moderne bergtechnische Anlagen komplett importiert wurden. („Beijing Rundschau" 12/79, S. 13)
— die Kapitalisten bekommen die Gelegenheit, Chinas Rohstoffe auszuplündern. So heißt es in der „Beijing Rundschau" 17/79: „Letzten Endes muß dieses Geld durch eine Exportsteigerung zurückerstattet werden." (S. 16) Als wichtigstes Mittel dazu werden Kompensationsgeschäfte angesehen:

„Das Kompensationsgeschäft hängt vor allem davon ab, ob der Handelspartner akzeptiert, daß wir mit den Produkten, die wir mit den importierten Anlagen herstellen, die Importkosten für diese Anlagen tilgen. Das Kompensationsgeschäft kann Buntmetalle, Edelmetalle, Erdöl, Kohle und andere Mineralien umfassen, es hat breite Perspektiven. In dieser Hinsicht haben wir günstige Bedingungen, nämlich reiche Ressourcen und ausreichende Arbeitskräfte." („Beijing Rundschau" 17/79, S. 19)

Die kapitalistischen Handelspartner werden sich freuen, bekommen sie doch auf diese Weise einen Fuß in die Tür der Wirtschaft Chinas, von der sie sich langfristig Profite erhoffen. Die chinesischen Arbeiter müssen für die ausländischen Kapitalisten arbeiten. Durch solche Methoden begibt sich die neue chinesische Führung in die gleiche Form der neokolonialen Abhängigkeit, wie sie der REVOLUTIONÄRE WEG 16 für das Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschreibt (S. 46):

„Oft wird das Darlehen nicht mit Geld, sondern mit Waren zurückgezahlt und dient damit als ein Mittel, die wertvollen Rohstoffe zu sehr ungünstigen Preisen für das Rohstoffland zu plündern."

— Auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses ließ die revisionistische Führung ein Gesetz „über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Investitionsbeteiligung" — bei uns als „Joint Ventures" bekannt — verabschieden. In Artikel 1 heißt es:

Das chinesische Volk soll von den „Vorzügen" des kapitalistischen Westens nicht verschont bleiben. Ein Cola-Wagen in Peking.

„Um die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und den internationalen technischen Austausch auszuweiten, gestattet die Volksrepublik China ausländischen Gesellschaften, Unternehmen und sonstigen Wirtschaftskörperschaften oder Personen (. . .), mit der Genehmigung der chinesischen Regierung auf dem Territorium der Volksrepublik China in Zusammenarbeit mit chinesischen Gesellschaften, Unternehmen oder sonstigen Wirtschaftskörperschaften (. . .) Gemeinschaftsunternehmen nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zu gründen." („Beijing Rundschau" 29/79, S. 25)

Der Volkskongreß hatte die Höhe der Beteiligung ausländischer Gesellschaften noch offengelassen und nur eine Mindestbeteiligung in Höhe von 25 % festgelegt. Offenbar war sich die neue Führung der Unterstützung ihrer ehrgeizigen Pläne zur Wiederherstellung des Kapitalismus durch die Mitglieder des Volkskongresses nicht so sicher, daß sie die Grenze der Höchstbeteiligung nicht mit in das Gesetz aufnahm. Jedoch wenige Tage später ließ der Viziministerpräsident Li Xiannian (Li Hsiän-niän) bei einer Zusammenkunft mit einer amerikanischen Delegation für Industrieforschung die Katze aus dem Sack:

„China beschränke sich nicht auf die international üblichen 51 % zu 49 %. Der Investitionsanteil der ausländischen Gesellschaften könne auch über 50 % liegen und die Zeit der Zusammenarbeit zehn, zwanzig Jahre oder noch länger dauern. Die von ihnen in den Gemeinschaftsunternehmen erzielten Gewinne könnten im Rahmen der Gesetze und der Steuerpolitik Chinas nach ihren Ländern transferiert werden." („Beijing Rundschau" 30/79, S. 4)

Das ist die offene Einladung an die Imperialisten, sich in China niederzulassen, die Rohstoffe auszuplündern und die chinesischen Werktätigen auszubeuten. Leiter der Internationalen Investmentgesellschaft Chinas soll ein 60jähriger ehemaliger Industrieller, stellvertretender Vorsitzender des Allchinesischen Verbandes der Industriellen und Kaufleute, werden, sicher ein kompetenter Mann. Die imperialistischen Freunde werden ihre Freude daran haben!

— In ihrer Jagd nach Devisen schrecken die chinesischen Revisionisten nicht einmal davor zurück, die chinesischen Arbeiter den Imperialisten als Billiglohnarbeiter anzubieten. Sie fordern die Imperialisten auf, Lohnveredelungsgeschäfte mit China abzuschließen:

„Die Exportwarenproduktion hat Methoden angenommen wie *Verarbeitung nach gelieferten Mustern*, Handelsmarken und Materialien, kooperative Produktion, *Montage für ausländische Firmen* und Kompensationsgeschäfte." („Beijing Rundschau" 17/79, S. 15 — Hervorhebung durch die Red.)

Was soll man anderes unter „Montage für ausländische Firmen" verstehen, wenn nicht das zur Verfügungstellen billiger Arbeitskräfte, die ähnliche Arbeiten für einen Hungerlohn zu verrichten haben, wie die „Landsleute auf Taiwan"?

Die neuen Revisionisten vom Schlage Deng Xiaoping leugnen ganz bewußt, was Mao Tsetung einst über die ausländische „Hilfe" kapitalistischer Länder gesagt hat:

„Wenn wir mit diesen Ländern Handel trieben (USA, Großbritannien — die Red.), und angenommen, daß sie künftig bereit sein würden, uns zu gegenseitig vorteilhaften Bedingungen Geld zu leihen, aus welchem Grund täten sie dann das? Weil die Kapitalisten dieser Länder sich bereichern und die Bankiers Zinsen bekommen wollen, um sich aus ihrer eigenen Krise zu retten, nicht aber, weil sie etwa dem chinesischen Volk helfen wollen." (Über die demokratische Diktatur des Volkes, Ausgewählte Werke Bd. IV, S. 444)

Genau das haben die Revisionisten vergessen, wenn sie heute zur Finanzierung ihrer größenwahnsinnigen Pläne (laut „Wirtschaftswoche" vom 28. 5. 79 120 Großprojekte mit geschätzten Gesamtkosten von 450 bis 600 Milliarden Dollar) in großem Umfang Kredite im Ausland aufnehmen. Aller Voraussicht nach wird nun China allein in der BRD ca. 36 Mrd. DM Kredit mit Laufzeit von 10 Jahren aufnehmen. Mit Japan, der Schweiz, England und Frankreich gibt es ebenfalls Kreditverhandlungen. Aber schon die 36 Mrd. DM sind eine unvorstellbar große Summe, 36 Mrd. DM entspricht dem Jahreslohn (DM 25 000) von über 1,4 Millionen Arbeitern.

Zur Unterstützung und Rechtfertigung ihrer neuen Politik greifen die neuen Revisionisten auf Lenin zurück, der im Jahre 1920 folgendes sagte:

„Darum muß man vor allen Dingen die Wirtschaft wiederaufbauen, sie fest auf die Beine stellen. Ohne Betriebsausrüstungen, ohne Maschinen aus den kapitalistischen Ländern läßt sich das in kurzer Zeit nicht erreichen. Und uns tut es nicht leid, daß die Kapitalisten dabei Extraprofite einstecken — wenn

es uns nur gelingt, die Wirtschaft wiederaufzubauen." (Lenin Werke Bd. 31, S. 491)

Dieses Zitat Lenins taucht in der „Beijing Rundschau" 41/1978 S. 19 auf, ohne jedoch auf die Situation einzugehen, in der Lenin dies gesagt hat. Denn Lenin spricht hier davon, daß die Wirtschaft „wiederaufgebaut" werden muß. Wie sah es damals aus? Die junge Sowjetunion brauchte dringend Geld, um notwendige Maschinen und Ausrüstungsgegenstände zu kaufen. Denn die sowjetische Wirtschaft war total zerrüttet. Von 1914 bis 1917, als die Oktoberrevolution stattfand, wütete der I. Weltkrieg. Dann folgten die Jahre des Bürgerkrieges. Einmal wollte und mußte die junge Sowjetrepublik nach Jahren des totalen Handelsboykotts durch England, Frankreich, USA, Japan usw. Handel ankurbeln, um Maschinen usw. zu kaufen. Zum anderen mußte die Sowjetunion nach den schweren Jahren der Intervention unter allen Umständen verhindern, daß die Imperialisten vereinigt wie eine Horde Wölfe über das erste sozialistische Land herfielen.

Lenin und die Kommunistische Partei der Sowjetunion wählten damals von zwei Risiken das kleinere. Gleichzeitig wurde das Volk auf das „kleinere Risiko" aufmerksam gemacht und zur Wachsamkeit aufgerufen:

„Die Kapitalisten kommen zu uns, um einen neuen Krieg zu führen . . ." (ebenda).

Das hört sich anders an als Deng Xiaopings Schwärmereien vom Aufbau einer starken sozialistischen Wirtschaft bis zum Jahr 2000 mit kapitalistischen Milliardenkrediten. Lenin hat also eine klare Begründung für seine Kompromisse, und das Volk hat zugestimmt. Deng hat keine und das Volk wird nicht zustimmen. Darum ist Deng gezwungen, mit Lügen und Demagogie zu arbeiten.

Eine andere Methode Deng's besteht darin, die wirtschaftliche Lage zu dramatisieren, Zweckpessimismus zu verbreiten und die angebliche Wirtschaftssabotage der „Viererbande" zu verteufeln. Dabei greifen die Revisionisten zu einem für ihresgleichen bekannten Mittel: sie verfälschen die Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung.

Zum erstenmal seit mehreren Jahren sind auf der 2. Tagung

des V. Nationalen Volkskongresses im Juni 1979 konkrete Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht worden. Wir entnehmen diese Zahlen dem Kommuniqué über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1978 aus der „Beijing Rundschau" 27/79, S. 36/37 und dem Bericht Huas über die Tätigkeit der Regierung:

	1976	1977	1978
Stahl (Mio. t)	20,46	23,74	31,78
Kohle (Mio. t)	483	550	618
Erdöl (Mio. t)	87	93,64	104
Kunstdünger (Mio. t)	5,24	7,24	8,69
Kunstfaser (1000 t)	146	189	285
Elektrizität (Mrd. kwh)	203	223	256

Vergleichen wir diese Zahlenangaben mit den von uns im REVOLUTIONÄREN WEG 19 S. 531—533 aufgeführten Zahlen von 1971 und 1974:

	1971	1974
Stahl (Mio. t)	21	24
Kohle (Mio. t)	—	389
Erdöl (Mio. t)	25,6	75—80
Elektrizität (Mrd. kwh)	42 (1965)	108

Offensichtlich sind die Zahlen für die Stahlproduktion gefälscht, denn für das Jahr 1974 sind bereits 24 Mio. t angegeben, während Hua in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1976 20,46 Mio. t annimmt. Bei den übrigen Industrieprodukten zeigt sich ein stetiger Anstieg. Von wirtschaftlichem Ruin unter der „Viererbande" kann also nicht die Rede sein. Dieser existiert nur in den Köpfen der neuen Revisionisten, die damit das Volk hinters Licht führen wollen.

Es gab in China trotz des heutigen Geschreis von Deng und Hua nicht einmal einen absoluten Rückgang, geschweige denn, daß die Produktion zerrüttet wäre. Das ist nicht mehr als eine Zwecklüge, um die wahren Gründe und die tatsächlichen Auswirkungen ihrer Politik zu vertuschen.

III. Die Revolutionskomitees als Machtorgane der Diktatur des Proletariats werden abgeschafft

1. Die Revolutionskomitees entstehen in der Kulturrevolution als neue Machtorgane der Diktatur des Proletariats

Die Revolutionskomitees wurden während der Kulturrevolution im Jahre 1967 auf persönliche Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft eingerichtet. Diese wesentliche Errungenschaft der Kulturrevolution war spontan im Kampf der Volksmassen gegen die neue Bourgeoisie entstanden. Die Revolutionskomitees wurden zu Machtorganen der Diktatur des Proletariats, in denen die Massen direkt an der Ausübung der Staatsmacht beteiligt waren. In dem Beschluß über die Große Proletarische Kulturrevolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas wird hierzu ausgeführt:

„Die von den Massen an vielen Lehranstalten und Einheiten geschaffenen Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und andere Organisationsformen sind etwas Neues von großer historischer Bedeutung.

Diese Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse sind ausgezeichnete Organisationsformen, mit denen sich die Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei selbst erziehen. Sie sind eine ausgezeichnete Brücke, über die unsere Partei mit den Massen engen Kontakt hält. *Sie sind Machtorgane der proletarischen Kulturrevolution.*

Der Kampf des Proletariats gegen die von allen Ausbeuterklassen in den vergangenen Jahrhunderten hinterlassenen alten Ideen, Sitten und Gewohnheiten und ihre alte Kultur wird notwendigerweise sehr, sehr lange Zeit dauern. Daher sollen Kulturrevolutionsgruppen, -komitees und -kongresse keine zeitweiligen Organisationen, sondern ständige Massenorganisationen für längere Dauer sein." („Wichtige Dokumente", S. 163—165 — Hervorhebung durch die Red.)

Die Revolutionskomitees sind nicht nur an Lehranstalten und Instituten eingerichtet worden, sondern auch in Fabriken, Bergwerken, anderen Unternehmen, in Wohnbezirken und Dörfern. Sie waren zusammengesetzt nach dem Prinzip der „Dreierverbindung" aus Mitgliedern der Partei, der Volksbefreiungsarmee und Vertretern der Arbeiter und Bauern.

Diese Dreierverbindung vereinigte in sich Führungs-, Ausführungs- und Kontrollfunktionen. Die Vertreter der Arbeiter und Bauern bildeten „die grundlegenden Kräfte", die Vertreter der Armee „die feste Stütze" und die revolutionären Parteikader den „Führungskern". Alle drei Gruppen sollten die geballte Macht der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen. Die Mitglieder der Revolutionskomitees wurden auf Vorschlag der Partei von den Massen gewählt und waren ihnen rechenschaftspflichtig. Sie konnten jederzeit öffentlich kritisiert und bei schweren Verstößen auch abgesetzt werden. So waren die Revolutionskomitees dreierlei:

- sie dienten der Selbsterziehung, dem aktiven und verantwortungsbewußten Einsatz der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei;
- sie waren Brücke der Partei zu den Massen der Arbeiter und kleinen Bauern;
- sie waren Machtorgane des Sozialismus in den Händen der Arbeiterklasse.

In der Kulturrevolution wurde das alte Verwaltungssystem zerschlagen, die Revolutionskomitees traten überall an die Stelle der alten Verwaltungen. Die Deng/Hua-Clique sieht das heute so:

„Vor der Kulturrevolution wurde in diesen Einheiten (Fabriken, Lehranstalten usw. — Anm. der Red.) ein System arbeitsteiliger Verantwortlichkeit mit Fabrikdirektoren (in Fabriken), Schuldirektoren bzw. Hochschuldirektoren (in Lehranstalten), Direktoren (in Forschungsinstituten), Geschäftsführern (in Handelsunternehmen) usw. unter der Leitung des jeweiligen Parteikomitees praktiziert, d. h. ein System, das die kollektive Führung des Parteikomitees mit arbeitsteiliger persönlicher Verantwortlichkeit verband. Dieses *Führungssystem, das der Vorsitzende Mao Zedong (Mao Tsetung) befürwortet*

und das sich als effektiv erwiesen hat, wurde zu Beginn der Kulturrevolution *unter dem Einfluß Lin Biaos und der ‚Vierer-bande'*, die aufriefen, ‚alles anzuzweifeln und niederzuschlagen', *eine Zeitlang beseitigt.* Gerade unter diesen Umständen wurden in diesen Einheiten nach dem Muster der örtlichen staatlichen Machtorgane der Provinzen, Kreise und Volkskommunen Revolutionskomitees als provisorische Machtorgane errichtet." („Beijing Rundschau" 20/79, S. 23 — Hervorhebungen durch die Red.)

Welch abgrundschlechtes Gewissen vor den chinesischen Volksmassen müssen die Herren Deng, Hua und Konsorten haben, auf wie wackeligen Beinen müssen sie stehen, wenn sie sich gezwungen sehen, derart faustdicke Lügen und Verdrehungen aufzutischen! Jawohl, ihr Herren Revisionisten, das alte System war in der Tat sehr „effektiv": für die Bourgeoisie nämlich! Und wie sehr Mao Tsetung das alte Verwaltungssystem „befürwortete", sieht man am besten an seiner Weisung über die Revolutionskomitees, die im Bericht des IX. Parteitags 1969 zitiert wurde:

„Das Revolutionskomitee soll eine vereinheitlichte Führung verwirklichen, die Vielgleisigkeit des Verwaltungsapparates zerbrechen, das Prinzip ‚weniger Truppen, aber bessere, und eine einfachere Verwaltung' befolgen und sich in eine revolutionierte Führungsgruppe, die mit den Massen verbunden ist, organisieren." („Wichtige Dokumente", S. 52)

Wir wollen uns im folgenden auf die Revolutionskomitees in den Betrieben beschränken, weil hier die Teilnahme der Arbeiter an Verwaltung und Leitung am deutlichsten wird und weil gerade die betrieblichen Revolutionskomitees als Machtorgane der Arbeiter von den neuen Revisionisten um Deng Xiaoping zerschlagen wurden.

Mao Tsetung beschrieb die Situation in den Betrieben vor der Kulturrevolution auf der 1. Plenartagung des IX. Zentralkomitees der KP Chinas am 28. 4. 1969 folgendermaßen:

„Es scheint, daß es ohne die Durchführung der Großen Proletarischen Kulturrevolution nicht geht, unsere Basis ist nicht solid. Nach meiner Beobachtung gab es wahrscheinlich eine beträchtliche Mehrheit von Betrieben — ich spreche nicht von der Gesamtheit, auch nicht von einer überwältigenden Mehrheit —, in denen die Führung nicht in der Hand der wahren Marxisten, nicht in der Hand der Arbeitermassen lag." (zitiert in „Beijing Rundschau" 14/1975, S. 7)

Vor der Kulturrevolution wurden die staatlichen Betriebe von alleinverantwortlichen Direktoren geleitet, die dem jeweiligen Parteikomitee untergeordnet sein sollten. Die meisten Betriebe waren organisiert nach dem Muster der Betriebsverfassung von Magnitogorsk, einem sowjetischen Eisen- und Stahlkombinat. Dieses Modell wies folgende Merkmale auf:

- Es verließ sich bei der Betriebsführung allein auf die Experten; die Arbeiter waren von der Betriebsführung ausgeschlossen;
- die Produktion wurde vor die Politik an die erste Stelle gesetzt;
- für den Betrieb galt das Prinzip „Profit über alles";
- die Technik war wichtiger als die arbeitenden Menschen;
- es herrschte ein sehr umfassendes System des materiellen Anreizes; die Prämien standen an erster Stelle.

Die Ähnlichkeit mit kapitalistischen Betrieben ist auffällig. Ein solches System leistet der Bürokratisierung Vorschub, der Verwaltungsapparat wird aufgebläht. Das Management thront unerreichbar hoch über den Arbeitern. Profitdenken und Gewinnsucht werden durch materielle Anreize gefördert und zersetzen die echte Solidarität und das sozialistische Bewußtsein. Die Arbeiter selbst sind nicht die Herren ihres Betriebes, obwohl sie in einem volkseigenen Betrieb arbeiten. Sie sind von der Verwaltung ausgeschlossen, und ihre alleinige Aufgabe besteht darin, zu produzieren. In den betrieblichen Parteikomitees sind zwar Arbeiter vertreten, aber die Direktoren und „Experten" geben auch hier meist den Ton an.

In der Kulturrevolution wehrten sich die Arbeiter gegen dieses revisionistische System der Betriebsführung. Sie unterzogen die bürokratischen Betriebsleitungen einer strengen Kritik und schufen sich mit den Revolutionskomitees ihre eigenen Machtorgane in den Betrieben. Das alte System der Betriebsleitung wurde zer-

Plakate mit großen Schriftzeichen (Dazibao) sind ein Mittel, mit dem die Arbeiter an der demokratischen Verwaltung des Betriebes teilnehmen.

schlagen. So übten die Arbeiter die Diktatur des Proletariats über die neue Bourgeoisie in den Betrieben aus.

Im März 1960 hatte Mao Tsetung nach einer Reihe von Untersuchungen an der Basis die „Fünf Grundsätze für die erfolgreiche Führung sozialistischer Betriebe" ausgearbeitet. Diese „Betriebsordnung von Anshan", (im Wortlaut abgedruckt im REVOLUTIONÄREN WEG 19, S. 525), war ein bedeutender Sieg der proletarischen Linie in den Betrieben.

2. Abbau der Revolutionskomitees bedeutet Abbau der Diktatur des Proletariats

Um jeden Widerstand gegen die Herrschaft der neuen Bourgeoisie und ihren revisionistischen Kurs zu brechen, muß die Deng/Hua-Clique vor allem die Arbeiterklasse unter ihre Kontrolle bringen und ihr wesentliche Rechte nehmen, die in der Kulturrevolution erkämpft wurden. Diesem Zweck dient vor allem die Abschaffung der Revolutionskomitees. Da die Revolutionskomitees in der Proletarischen Kulturrevolution von den Massen selbst als Machtorgane der Diktatur des Proletariats erkämpft und eingerichtet wurden, konnte die neue Führung diese Komitees nicht auf einen Streich beseitigen. Um den Widerstand der chinesischen Werktätigen möglichst gering zu halten und die Massen hinters Licht zu führen, zerschlugen sie die Revolutionskomitees in drei Etappen. Zunächst zerschlugen sie die betrieblichen Revolutionskomitees. Hua Guofeng gab den Beschluß dazu auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 26. Februar 1978 bekannt:

> „Mit Ausnahme derjenigen Fabriken, Bergwerke und Unternehmen, in denen die politische Macht mit der wirtschaftlichen Verwaltung verknüpft ist, werden in Fabriken, Produktionsbrigaden, Lehranstalten, Handelsunternehmen, Partei- und Regierungsinstitutionen und anderen Unternehmen und Instituionen keine Revolutionskomitees gebildet, weil sie keine Ebene der Staatsmacht sind. An die Stelle des Revolutionskomitees tritt hier ein System arbeitsteiliger Verantwortlichkeit mit Fabrikdirektoren, Produktionsbrigadeleitern, Schuldirektoren, Hochschuldirektoren, Geschäftsführern usw. unter der Leitung des jeweiligen Parteikomitees." („Beijing Rundschau" 10/78, S. 36)

Die Revolutionskomitees in Fabriken und Dörfern (die Produktionsbrigade entspricht ungefähr dem chinesischen Dorf) werden abgeschafft, die Arbeiter und kleinen Bauern dadurch entmachtet. Auch die Kontrolle über den gesamten Ausbildungssektor wird ihnen entzogen. Überall sollen wieder die Direktoren alleine das Sagen haben. Das alte System vor der Kulturrevolution wird ohne jeden Abstrich wieder eingeführt.

Entlarvend ist Huas „Begründung" für die Abschaffung der Revolutionskomitees in Fabriken und Dörfern: unter „politischer Macht" versteht er nicht mehr die Macht der Arbeiter und Bauern, ihre Rechte zur Ausübung der Diktatur des Proletariats im Produktionsbereich, sondern alleine die „Staatsmacht", die von der neuen Bourgeoisie kontrolliert wird. Diese „Staatsmacht" wird von der „wirtschaftlichen Verwaltung" abgetrennt.

Durch die Auschaltung der Revolutionskomitees im Produktionsbereich zentralisiert also einerseits die neue Bourgeoisie die Macht in der Führung des Partei- und Staatsapparates, andererseits wird die wirtschaftliche Verwaltung allein in die Hände der Direktoren, d. h. der neuen Bourgeoisie in den Betrieben, gelegt, nachdem den Arbeitern und Bauern das Recht über die Kontrolle der Produktion genommen wurde.

Um faule Ausreden zur Begründung ihrer Machenschaften ist die Bourgeoisie ja nie verlegen. In einem Artikel der „Beijing Rundschau" 42/78 (S. 13/14) schieben zwei Herren aus Peking, ein früher einmal abgesetzter Parteisekretär und ein neuer Fabrikdirektor, noch ein paar andere „Gründe" nach, um die Abschaffung der Revolutionskomitees zu rechtfertigen:

— Das Revolutionskomitee würde angeblich nicht den weiteren Leistungsanforderungen genügen; es habe zu viele Mitglieder gehabt, auch habe eine klare Aufgabenteilung gefehlt; man habe sich sowohl mit Kleinkram als auch mit wichtigen Angelegenheiten beschäftigen müssen, und niemand habe in Wirklichkeit Verantwortung tragen wollen. —

Dazu ist zu sagen: Organisatorische Mängel und mögliche Fehlentwicklungen werden hier einfach ohne jede Untersuchung der Einrichtung der Revolutionskomitees zur Last gelegt. Organisatorische Mängel werden nicht politisch erklärt und politisch korrigiert, wozu eine korrekte Führung wohl im Stande wäre. Die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung und Leitung der Betriebe war gerade der Ausdruck des gewachsenen Verantwortungsgefühls der Arbeiterklasse, wurde doch hierdurch die Diktatur des Proletariats im Produktionsbereich gefestigt.

— Die „vernünftigen Regeln und Bestimmungen" seien durch die „Anarchie" der „Viererbande" abgeschafft worden, dadurch habe sich die Disziplin verschlechtert. —

Unabhängig davon, was die „Viererbande" getan haben soll, war es natürlich vollkommen richtig, daß in der Kulturrevolution und danach veraltete Regeln und Bestimmungen des alten Systems der Betriebsführung abgeschafft wurden, einfach weil sie der Bourgeoisie und nicht dem Proletariat nutzten und weil

sie den Aufbau des Sozialismus behinderten. So wurde damals die Verwaltungsstruktur radikal vereinfacht und allerhand bürokratischer Plunder über Bord geworfen. Die Verwaltung wurde der Massenkontrolle unterstellt und alles der politischen Führung untergeordnet. Wir können uns gut vorstellen, welche „vernünftigen" Regeln und Bestimmungen Deng Xiaoping und Konsorten wieder einführen wollen und welche Art von „Disziplin" der Arbeiter sie wohl gerne hätten!

Wie die zukünftige Verwaltung der Betriebe aussehen soll, beschreibt der Direktor einer Pekinger Fabrik so:

„Im Eisenwerk gibt es zwei Führungsgruppen, das Parteikomitee und den von ihm geleiteten Betriebsrat. . . . Es (das Parteikomitee — die Red.) tagt monatlich, um wichtige Angelegenheiten zu beraten und zu entscheiden. Der Betriebsrat wird vom Direktor einberufen (!). Der Direktor hat vier Stellvertreter und einige Techniker und Bürokader zur Seite. Diesem Gremium kommt die Produktions- und Betriebsleitung zu." (ebenda, S. 14)

Ein Sonderkommentator der „Renmin Ribao" nimmt sich in diesem Zusammenhang besonders der Intellektuellen an, denen die Revisionisten eine spezielle Rolle zugedacht haben:

„Da die überwältigende Mehrheit der Intellektuellen bereits Teil der Arbeiterklasse ist (!), müssen wir sie auch wirklich als solchen behandeln.

Wir müssen den Fachleuten auf den verschiedenen Gebieten vertrauen und ihnen Spielraum geben. Wir müssen dafür sorgen, daß diejenigen Intellektuellen — ob sie nun Parteimitglieder sind oder nicht —, die ein hohes politisches Bewußtsein besitzen, fachlich versiert sind, eine hohe Arbeitsmoral haben und eng mit den Massen verbunden sind, eine entsprechende leitende Position erhalten, so daß die gebildeten und fachkundigen Kader sowie die Verwaltungsfachleute in den Führungsgremien der Unternehmen und anderen Einheiten nach und nach 30, 50 und sogar 70 % (!?) erreichen. Das System der Verantwortlichkeit muß vervollkommnet werden, damit sie tatsächlich Leitungsbe-

fugnisse haben und die entsprechende Verantwortung tragen." („Beijing Rundschau" 5/79, S. 15)

Hua Guofeng gesteht in seinem Tätigkeitsbericht auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses indirekt die Schwierigkeiten ein, die die neue Bourgeoisie noch immer hat bei der völligen Machtübernahme in den Betrieben:

„. . . das System der Verantwortlichkeit des Fabrikdirektors unter der Führung des Parteikomitees ist entschieden durchzusetzen, der Direktor muß wirklich der administrative Hauptverantwortliche werden (!), der die Produktionstätigkeit des Betriebs einheitlich befehligt." („Beijing Rundschau" 27/79, S. 14)

Deng Xiaoping will deshalb die Gewerkschaften umwandeln in Organe der neuen Bourgeoisie. In seiner Rede auf dem IX. Nationalen Gewerkschaftskongreß forderte er:

„Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder dazu erziehen, in ihren Betrieben eine hochzentralisierte Verwaltung und die volle Autorität der Produktionskommandostäbe sicherzustellen." („Beijing Rundschau" 42/78, S. 7)

Im Sozialismus muß es natürlich eine zentralisierte Verwaltung geben. Nur wenn die Betriebe nach einem einheitlichen, zentral festgelegten Plan arbeiten, kann die Produktion an den Interessen des Volkes ausgerichtet werden. In den einzelnen staatlichen Betrieben müssen aber die Arbeiter an der Verwaltung und Leitung der Produktion beteiligt werden, denn nur so kann die Initiative der Massen in der Erfüllung der gestellten Aufgaben zum Tragen kommen. Nur durch die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung und der leitenden Kader an der Produktion kann verhindert werden, daß die Betriebsleitung sich immer weiter von den Arbeitern entfernt und sie sich als Bürokratie auf dem Rücken der Arbeiter ein feines Leben macht. Was die Teilnahme der Kader an der Produktion angeht, so scheint man es heute damit zumindest in der genannten Pekinger Fabrik auch nicht mehr allzu ernst zu meinen, was ja auch bei dem heutigen Kurs verwunderlich wäre. Das Prinzip wird zwar in Worten noch anerkannt; der Herr Direktor

gibt aber offen zu, daß von 17 Mitgliedern des betrieblichen Parteikomitees nur noch ganze vier „wie alle anderen in Schicht arbeiten" („Beijing Rundschau" 42/78, S. 16)! Arbeiter aus der Produktion stellen also selbst im Parteikomitee weniger als ein Viertel der Mitglieder. Die Vier sind wohl als Alibi unverzichtbar für ein „proletarisches" Parteikomitee . . .

Das „System der Verantwortlichkeit des Fabrikdirektors", eine „hochzentralisierte Verwaltung" und die „volle Autorität der Produktionskommandostäbe" sind keine Instrumente der Diktatur des Proletariats im Produktionsbereich, sondern Instrumente der Diktatur der neuen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse. Aus allem vorliegenden Material ergibt sich nur ein einzig denkbarer Schluß: *Die Arbeiterklasse wird entmachtet — die neue Bourgeoisie hat die Macht auch in den Betrieben erobert!*

Die Folgen sind abzusehen: Die Verfügungsgewalt der neuen Bourgeoisie über die Produktion zusammen mit der Orientierung der Betriebe auf den Gewinn hat die Wirkung kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten zur Folge. Die einheitliche sozialistische Verwaltung, der demokratische Zentralismus in der Wirtschaft, wird hierdurch zerstört. An seine Stelle treten lokale Verwaltungen und Betriebsleitungen, die eigenmächtig über die Produktion entscheiden und die Betriebe in erster Linie nach ökonomischen statt politischen Gesichtspunkten führen und dafür entsprechende Prämien und Gewinne kassieren. Die Kontrolle von unten durch die Masse der produzierenden Arbeiter wurde durch die Abschaffung der Revolutionskomitees abgebaut. Die alten Übel der kapitalistischen Produktion werden nach und nach Einzug halten, wie wir das in der Sowjetunion seit 1956 beobachten konnten.

Die zweite Etappe in der Zerschlagung der Revolutionskomitees besteht in der Veränderung der örtlichen Revolutionskomitees, die ja laut Verfassung und nach dem Willen der Deng/Hua-Clique als die „örtlichen staatlichen Verwaltungsorgane" funktionieren sollen. Zuerst einmal müssen wir davon ausgehen, daß die Führung des Partei- und Staatsapparates in den Händen der neuen Bourgeoisie liegt. D. h. sie wird die Revolutionskomitees so einrichten, wie es ihren Interessen am besten dient. Weiter zeigt der Vergleich der betreffenden Artikel in den Verfassungen

von 1975 und 1978 (Art. 22 und 23 der alten Verfassung und Art. 37 der neuen Verfassung) aufschlußreiche Veränderungen: So stehen die Revolutionskomitees jetzt „unter der einheitlichen Führung des Staatsrates" („Beijing Rundschau" 11/78, S. 13). Die Folgen dürften auf der Hand liegen, solange der Staatsratsvorsitzende Hua Guofeng heißt und Deng einer der Stellvertreter ist!

Und zum letzten hat sich die Zusammensetzung der Revolutionskomitees seit Maos Tod recht aufschlußreich verändert. So werden in dem Artikel „Über einige Mitglieder des Beijinger Revolutionskomitees" („Beijing Rundschau" 20/79, S. 24-31) ein paar neue Mitglieder vorgestellt:

„In den Staatsorganen der verschiedenen Ebenen unseres Landes gibt es eine große Zahl (!) von Persönlichkeiten aus den demokratischen Parteien (!). Ye Gongshao und Sun Fuling, beide Mitglieder des Beijinger Stadtrevolutionskomitees, sind zwei davon.

Ye ist Mitglied des Zentralkomitees der ‚Jiusan Xueshe' (Gesellschaft des 3. September) und führendes Mitglied der Beijinger Zweigstelle dieser Gesellschaft. ‚Jiusan Xueshe' ist eine der acht demokratischen Parteien unseres Landes. Sie setzt sich hauptsächlich aus älteren Intellektuellen zusammen . . .

Sun Fuling ist ein Vertreter der nationalen Bourgeoisie und führendes Mitglied der Beijinger Vereinigung für Industrie und Handel.

Kurz vor der Befreiung erbte Sun die Fuxing-Mühle, damals eines der größten Unternehmen in Beijing . . . Kurz nach der Befreiung trat Sun Fuling der Gesellschaft für den Demokratischen Aufbau Chinas bei. Heute ist er ein Mitglied des Zentralkomitees dieser demokratischen Partei . . . Er hofft, daß alle patriotischen ehemaligen (?) Kapitalisten ihre Kraft für die vier Modernisierungen einsetzen." (ebenda S. 27 und S. 31)

Es erübrigt sich wohl jeder Kommentar. Wenn die Suns was zu hoffen haben, haben die Arbeiter nichts zu lachen . . .

Aus den angeführten Belegen dürfte wohl mit der nötigen Klarheit hervorgehen, daß die örtlichen Revolutionskomitees unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie sich stark verändert haben.

Den alten, angesehenen Namen hat man aus praktischen Erwägungen beibehalten, um die Massen besser irrezuführen. Hinter der Fassade dieser „Revolutionskomitees" verbergen sich Instrumente der Diktatur der neuen Bourgeoisie!

Die dritte Etappe ist die völlige Zerschlagung aller Revolutionskomitees. Wie wir aus der „Beijing Rundschau" 28/79 erfahren, hat der V. Nationale Volkskongreß im Juni die völlige Abschaffung der Revolutionskomitees beschlossen. In der Begründung für eine entsprechende Verfassungsänderung heißt es:

„Die während der Kulturrevolution geschaffenen provisorischen Machtorgane — die Revolutionskomitees — entsprechen den Anforderungen der neuen Etappe der sozialistischen Modernisierung nicht mehr. Die Ersetzung der örtlichen Revolutionskomitees durch örtliche Volksregierungen trägt nicht nur bei zur Stärkung der Demokratie und des Rechtssystems, sondern ist auch Ausdruck der engen Beziehungen zwischen Regierung und Volk." (S. 9)

3. Das jugoslawische Modell der „Arbeiterselbstverwaltung" ist ein revisionistisches Vorbild

Um ihre betrieblichen „Reformen" den chinesischen Arbeitern schmackhaft zu machen, suchen die neuen Revisionisten nach einem brauchbaren Vorbild. In dem Modell der jugoslawischen „Arbeiterselbstverwaltung" glauben sie ein solches gefunden zu haben. Dabei vollzieht die heutige chinesische Führung in der Beurteilung Jugoslawiens eine Wendung um hundertachtzig Grad.

Im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus lieferte der von der KP Chinas im Jahre 1963 veröffentlichte „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" auch eine umfassende Einschätzung Jugoslawiens. Im Abschnitt 23 heißt es:

„Der jugoslawische Revisionismus ist ein typisches Beispiel des modernen Revisionismus." (Die Polemik über die Generallinie, S. 51)

An dem revisionistischen Wesen der Tito-Clique hat sich bis heute nichts geändert. Geändert hat sich bloß die Einschätzung des jugoslawischen Revisionismus durch die neue chinesische Führung unter Deng und Hua. In einem Glückwunschtelegramm an den XI. Parteitag des „Bundes der ‚Kommunisten' Jugoslawiens" wird der Erz-Revisionist Tito wieder zum Genossen hochgejubelt und Jugoslawien zu einem sozialistischen Land gestempelt:

> „Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat unter Führung des Genossen Tito, des hervorragenden Führers der Volksmassen aller Nationalitäten Jugoslawiens, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus auf die konkrete Praxis in Jugoslawien angewendet und in den letzten Jahrzehnten das Volk des ganzen Landes dabei geleitet, unbeugsam am revolutionären Kampf festzuhalten, wodurch der Sozialismus fortgesetzt Siege errungen hat." („Beijing Rundschau" 25/78, S. 3)

Beim Besuch Huas in Jugoslawien Ende August 1978 ging es dann in denselben Tönen weiter.

Wer irrt hier? — Die KP Chinas unter der Führung Mao Tsetungs oder die neue Führung unter Deng und Hua? Wir meinen: Die neuen Revisionisten. Das wollen wir am Beispiel der „Arbeiterselbstverwaltung" erläutern.

Das Wesen dieses Systems besteht darin, daß die einzelnen Betriebe durch sogenannte „Arbeitskollektive" betrieben und verwaltet werden, die in jedem Betrieb unabhängig operieren, selbständig Rohmaterial einkaufen, über Sortiment, Produktionsmenge und Preis ihrer Produkte selbst bestimmen und diese auf dem Markt vertreiben, ihre eigenen Gehaltslisten und die Verteilung eines Teils des Profits festlegen. Das Anlagevermögen des Betriebes kann gekauft, verkauft, gemietet und vermietet werden. Die Tito-Clique kassiert den größten Teil des Profits der einzelnen Betriebe, kontrolliert über die Banken die Betriebe des ganzen Landes und die Betriebe selbst über die Direktoren, die nur im Einvernehmen mit der Führung eingesetzt werden dürfen.

Die Beziehungen der einzelnen Betriebe untereinander sind keine sozialistischen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Die Betriebe stehen nicht unter der politischen Führung der Diktatur

des Proletariats, formal gehören sie den Arbeitern der einzelnen Betriebe. Die Produktion für den Markt fördert Konkurrenz und Rivalität — wie im Kapitalismus.

So stellten die chinesischen Kommunisten in einem Kommentar zur Generallinie unter dem Titel: „Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?" vom 26. September 1963 fest:

> „Die Presse von Jugoslawien enthält genügend Material, um zu beweisen, daß die ‚Arbeiterkomitees' lediglich eine Formalität sind, eine Art ‚Abstimmungsmaschine' und daß sich in den Betrieben ‚alle Macht in den Händen der Direktoren konzentriert'. Da die Werksdirektoren über die Produktionsmittel und die Verteilung der Einnahmen der Betriebe verfügen, ist es ihnen möglich, mit Hilfe verschiedener Vorrechte, die Früchte der Arbeit der Werktätigen an sich zu reißen." (Polemik S. 177)

In vielen Betrieben ist Auslandskapital beteiligt. Die staatlichen Banken gewähren Kredite bei „guter" Betriebsführung bzw. verweigern solche bei „schlechter" Führung. Damit entscheiden sie über Konkurrenzfähigkeit, Pleiten und Arbeitslosigkeit. Das gleiche tut die staatliche Verwaltung über die Steuergesetzgebung und eignet sich darüber hinaus noch den von den Arbeitern produzierten Mehrwert an.

Ein Großteil des jugoslawischen Volkes dagegen lebt in Armut und ist gezwungen, sich im Ausland als „Gastarbeiter" dingen zu lassen. Der angeblich „sozialistische" Staat setzt das Volk der Ausbeutung durch fremde Kapitalisten aus.

Es ist schon eine Frechheit, wenn die heutige Führung Chinas die Stirn hat, ohne einen Anflug von Selbstkritik der Position von 1963 die Tito-Clique und ihr revisionistisches System heute als ein sozialistisches Land zu verkaufen. So geschehen in der Rede des Parteivorsitzenden Hua Guofeng auf einem Bankett anläßlich seines Besuches in Jugoslawien im August 1978:

> „In Übereinstimmung mit der wissenschaftlichen marxistischen Theorie hat der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, von den konkreten Bedingungen seines Landes ausgehend, ein sozialistisches Selbstverwaltungssystem errichtet und entwikkelt." („Beijing Rundschau" 35/78, S. 13)

Wenn wir uns das Lob der neuen Führung für die „sozialistische Arbeiterselbstverwaltung“ der Tito-Clique anschauen, wird deutlich, worauf Deng und Hua mit ihrer Politik hinauswollen: Mit dem Abbau der Revolutionskomitees und der Reform der Betriebsführung nach ökonomischen Gesetzmäßigkeiten will die Deng-Hua-Clique in China die „Arbeiterselbstverwaltung“ aus Jugoslawien importieren. Was kann bei der Kopie eines revisionistischen Vorbildes anderes herauskommen als Kapitalismus neuen Typs auf der Grundlage des modernen Revisionismus in Theorie und Praxis.